Deutsches Reich.

In den offiziösen „B. P. N." wird heute Herr v. Rauchhaupt wegen der Führung, die er der konservativen Partei bei dem Volksschullastengesetz hat zutheil werden lassen, sehr hart getadelt. Zunächst behauptet das offiziöse Organ und führt aus, daß die Taktik Windthorst's den geheimen Zweck verfolgt habe, das Gesetz zu Falle zu bringen und daß es im übrigen die Absicht des ultramontanen Führers gewesen sei, die Konservativen auf dem Gebiete der Schule fest an sich zu ketten und sie unmittelbar vor den Wahlen in schweren Widerspruch mit den Freikonservativen und Nationalliberalen zu bringen. Sodann heißt es:

Das Spiel war durchsichtig genug. Dennoch ließ sich die Parteileitung der konservativen Fraktion von Herrn Dr Windthorst umgarnen und brachte es auf diese Weise dahin, daß der Gesetzentwurf schließlich Gefahr lief, zu scheitern, wenn nicht die Mehrzahl der Konservativen in letzter Stunde sich wieder mit den Freikonservativen und Nationalliberalen auf den Standpunkt der Regierung vereinigt hätte. Ohne Zweifel bot der Rücktritt von einem nicht völlig erwogenen, rechtsirrthümlichen Votum in der Verfassungsfrage formelle Schwierigkeiten, ebenso ist es richtig, daß die Nothwendigkeit eines derartigen Wechsels für das Ansehen der Fraktion nicht sehr förderlich ist.

In diese Zwangslage ist die konservative Fraktion durch ihre Führung und deren Eingehen auf die Pläne Herrn Windthorst's gebracht worden; sie ist daraus gerettet worden dadurch, daß die Fraktion sich von den Wegen abwendete, welche Herr v. Rauchhaupt sie bis zu dem Punkte geführt hatte, wo ihr nur die Wahl blieb zwischen Aufgeben ihres früheren Standpunktes oder für das Scheitern des Gesetzes die Verantwortung zu übernehmen. Das ist der Ausgang einer Politik, welche es vorzog, sich mit den entschiedenen Gegnern einer konservativen Regierung zur Bekämpfung und Verschlechterung der Vorlagen der letzteren zu verbinden: fürwahr, sie hat kläglich Schiffbruch gelitten und dürfte schwerlich zur Wiederholung einladen.

Der Verband deutscher Spiritus-Interessenten läßt folgendes bekannt geben:

Seitens einiger Agitatoren des Spiritusringes wird die Behauptung verbreitet, daß die dem Ringe nicht beitretenden Brenner ihren Spiritus überhaupt nicht werden verkaufen können.

Die Verbreitung dieser offenbar auf Täuschung berechneten Behauptung ist eigentlich zu thöricht, als daß man einem deutschen Gutsbesitzer zumuthen könnte, sie ernst zu nehmen, denn es leuchtet ein, daß gerade diejenigen Brennereien, welche sich dem Ringe nicht anschließen, den Vorzug haben:

1. uneingeschränkt nach ihrem Belieben produziren zu können, und
2. ihr ganzes Produkt für den Inlandsbedarf zu besseren Preisen zu verwerthen, als dies durch die Spiritusbank auch nur für einen beschränkten Theil der Produktion möglich ist.

Darüber kann sich doch niemand einer Täuschung hingeben, daß unter allen Umständen bei den Konsumenten Ringspiritus ein verpönter Artikel bleiben wird, und daß nur dann und insoweit von diesem Spiritus zugekauft werden wird, als es unmöglich ist, Spiritus aus anderen freien Brennereien zu beschaffen. Die Erfahrung wird es lehren, daß der Ring, weil Spiritus in jedem Dorfe, in jeder Stadt produzirt werden kann, durch Hervorrufung größerer Konkurrenz, wie alle Ringe, schließlich ein elendes Ende nimmt zum größten Schaden des deutschen Brennereigewerbes.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

63. Sitzung vom 26. Mai.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Die gestern nach der Abstimmung über § 6a abgebrochene Berathung des Volksschullastengesetzes wird fortgesetzt.

Ohne Debatte gelangt der Schlußparagraph und in der namentlichen Schlußabstimmung das ganze Gesetz mit 194 gegen 121 Stimmen in der Fassung des Herrenhauses zur Annahme. Gegen das Gesetz stimmten die Freisinnigen, das Centrum, die Polen und konservativen Abgg. Frhr. v. Hammerstein, Sack, Knoch, Frhr. v. d. Reck und v. Meyer-Arnswalde, für dasselbe die Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen, mit Ausnahme des Abg. Blinke. Der Abstimmung enthalten hat sich v. Schierstädt (kons.)

Es folgt die Berathung der allgemeinen Rechnung pro 1884/1885, welche zur nochmaligen Berathung an die Kommission zurückverwiesen war, zur Beschlußfassung über die Behandlung der verspäteten Ausgaben.

Die Rechnungskommission beantragt prinzipaliter die unveränderte Annahme des ursprünglichen Kommissionsantrages, eventuell der nachträglichen Genehmigung der Etatsüberschreitungen in Höhe von 117,488.37 M. und der außeretatsmäßigen Ausgaben in Höhe von 1,212,073.60 M.

Abg. Rickert beantragt unter Ablehnung des ursprünglichen Kommissionsantrages die von der Oberrechnungskammer nachgewiesenen Etatsüberschreitungen in Höhe von 117,488.37 M. und außeretatsmäßigen Ausgaben in Höhe von 1,276,972.44 M., nachträglich zu genehmigen.

Abg. Rickert erklärt, daß er mit Rücksicht auf das gegenwärtige Stadium der Verhandlungen auf eine ausführliche Begründung seines Antrags verzichte, und bittet, entweder diesen Antrag oder wenigstens den Eventualantrag der Kommission anzunehmen.

Abg. Dr Sattler (nl.) empfiehlt die Annahme des Antrags der Rechnungskommission.

Abg. Frhr. v. Schorlemer (Centr.) giebt die Erklärung ab, daß der Prinzipalantrag der Kommission für seine Freunde unannehmbar sei, daß dagegen ein größerer Theil derselben für den Eventualantrag stimmen werde.

Abg. Richter vermißt in dem Kommissionsbericht ein Eingehen auf die praktischen Fälle, eine Klarstellung der Gründe, aus denen im konkreten Fall eine nachträgliche Genehmigung unangenehm und ersparnißhindernd sein würde. Der Zweck, weshalb die Sache in die Kommission zurückgewiesen sei, sei daher in keiner Weise erfüllt worden.

Geheimrath Lehnert führt dem gegenüber aus, daß sowohl in dem ursprünglichen Bericht der Rechnungskommission als auch in der Oberrechnungskammer im einzelnen die Unbequemlichkeiten und die geschäftlichen Weitläufigkeiten, welche durch die nachträgliche Genehmigung entständen, ausführlich dargestellt seien.

Abg. Kieschke (dfr.) rügt, daß die Rechnungen von den Mitgliedern des Hauses so wenig gewürdigt würden, und macht darauf aufmerksam, daß nur dadurch es zu erklären sei, daß sich eine so große Menge von Unregelmäßigkeiten in allen Staatsrechnungen fände.

Abg. Richter hält eine größere Würdigung der Rechnungen gleichfalls für erwünscht und giebt zu erwägen, ob nicht vielleicht eine organische Verbindung der Rechnungskommission mit der Budgetkommission sich empfehle. Redner weist unter anderem darauf hin, daß bei dem Titel „Aufbesserung der äußeren Verhältnisse der Geistlichen" jahrelang Ersparnisse gemacht seien, welche einfach beiseite gelegt und zum Ankauf von Effekten verwandt seien, gestützt auf Kabinetsordres, die gegenüber dem Etatsrecht keine Bedeutung haben. Dies Beispiel zeige, daß das übertriebene Lob der Ordnung in den Finanzen durchaus nicht gerechtfertigt sei. Ueber die vorliegende Frage könne man sich auch nach einem Studium des Materials nicht völlige Klarheit verschaffen, vor allem sei nirgends klar gestellt, worin eigentlich die Hindernisse liegen, die verspätete Verrechnung zur Genehmigung vorzulegen. Die einzelnen Bemerkungen seien so knapp und so schematisch dargestellt, daß es sehr schwer sei, die Bedeutung der einzelnen Punkte zu erkennen. Häufig sei eine Ausgabe im richtigen Etatsjahr angeführt und auch gezahlt, trotzdem aber erst im folgenden Jahre verrechnet, nirgends jedoch sei der Grund angegeben, warum das geschehen sei.

An der weiteren Debatte betheiligen sich die Abgg. Sattler, Rickert und Kieschke. Der Prinzipalantrag der Kommission wird gegen die Stimmen einiger Freikonservativen, der Antrag Rickert gegen die Stimmen der Freisinnigen und eines Theils des Centrums abgelehnt, dagegen der Eventualantrag der Kommission mit großer Majorität angenommen.

Es folgt die Prüfung der Wahl des Rittergutsbesitzers v. Puttkamer-Gr. Plauth und des Landraths Döhring (1. Danzig).

Gegen die Wahl der Genannten ist von Dr Jakobi (Elbing) ein Protest unter dem 23. Jan. 1886 an das Haus gelangt, worin darauf hingewiesen ist, daß die Freiheit und Selbstständigkeit der Wähler durch die seitens der Landräthe der betheiligten Kreise vorgenommenen Wahlbeeinflussungen geschmälert und die Eintheilung der Wahlbezirke aus politischen Motiven zugunsten der konservativen Partei vorgenommen worden sei.

Das Abgeordnetenhaus hat am 30. April 1887 dem Antrage der Kommission entsprechend die Wahlen der genannten Herren beanstandet, eine Anzahl von Wahlmännerwahlen für ungiltig erklärt und bei der Regierung Erhebungen beantragt, ob die Landräthe von Urwählern Versprechungen in Bezug auf die Wahlen verlangen, und ob Wahlmännern den wirklichen Aufwand übersteigende Geldbeiträge zugesichert worden seien.

Nachdem die stattgehabten Erhebungen der Wahlprüfungskommission zugegangen waren, beantragt dieselbe, die Wahlen des Herrn v. Puttkamer Plauth und des Landraths Döhring sowie eine Anzahl von Wahlmännerwahlen für ungiltig zu erklären.

Der Berhandlung über diesen Gegenstand wohnt am Ministertisch allein der Unterstaatssekretär Herrfurth bei. Minister v. Puttkamer ist nicht anwesend.

Abg. Rickert (dfr.): Meinen Antrag, den Protest des Dr Jakobi der Regierung zur weiteren Veranlassung zu überweisen, ziehe ich zurück, da derselbe nur für den Fall eingebracht war, daß die Wahlprüfungskommission nicht zu einem Resultat über diese Wahl käme, was nun endlich glücklicherweise nach 3 Jahren geschehen. Ich erlaube mir dagegen folgenden Zusatz-Antrag einzubringen: Die Wahl der Wahlmänner 2c. ist infolge der in den Wahlprotesten enthaltenen Beschwerden über die unzulässige Bildung der Urwahlbezirke 12 bis 73 für ungiltig zu erklären und der königlichen Staatsregierung der Protest des Dr Jacobi zur Kenntnißnahme und weiteren Veranlassung abschriftlich mitzutheilen. Diese Angelegenheit sollte der Volksvertretung doch Stoff zu ernstem Nachdenken geben, daß die Volksvertretung eins der wichtigsten Geschäfte künftig nicht wieder in solcher Weise verschleppt, wie es bisher gewesen ist. Leider haben wir gar keine einheitliche Praxis bei den Wahlprüfungen. Es ändert sich die Praxis je nach dem Ausfall der Wahl und besonders das Bestreben der Wahlprüfungskommission, als eine Art Richterkollegium zu sitzen, hat diese schlechten Erfolge gezeitigt. Wenn man erwägt, daß ein wohl motivirter, mit Zeugnissen belegter Wahlprotest drei Jahre lang verschleppt worden ist, so muß die Volksvertretung uns so aufmerksamer diese Proteste verfolgen, damit solche Fälle, wie die Wahlprüfungen Puttkamer-Döhring niemals wieder vorkommen. Es ist sehr schwer, einen wirklichen Wahlprotest zustande zu bringen. Nicht überall sind die Wähler so aufmerksam, wie in Elbing-Marienburg. Nicht überall kann man die Thatsachen mit Zeugnissen belegen. Es ist ja eine bekannte Sache, und wenn wir unter uns sind, können wir uns das ja gegenwärtig ruhig sagen, daß jetzt die Beeinflussung und Einschüchterung der Wähler in so ausgedehntem Maße geübt wird, wie es nur jemals unter dem System Mantenffel der Fall gewesen ist. (Sehr wahr!) Dieses System ist es auch, was die Wahlproteste so unendlich schwierig macht. Die einzelnen schwachen Gemüther drücken sich herum, können sich nicht erinnern, wenn sie sich vor dem Richter zur Vernehmung stellen sollen. Wenn nun gar die Sache so geht, daß der Wähler als Zeuge erst nach zwei Jahren aufgestellt wird, was Wunder ist es da, daß er sagt: „Ja, meine Herren, genau weiß ich das heute nicht mehr." Also schnell müssen diese Verhandlungen vor sich gehen, noch im Laufe oder gegen Schluß der ersten Session. Wenn nun solche Proteste nicht mit der nöthigen Sorgfalt behandelt werden, so kann der Herr Minister allerdings mit Recht sagen: „Nun nennen Sie mir einmal solche Fälle von Wahlbeeinflussungen. Ich weiß mich ganz davon frei, daß unter meinem Regime Wahlbeeinflussungen vorkommen sollten! Dem Herrn Minister v. Puttkamer ist bei der Besprechung der Wahlgeometrie ein Unglück passirt, denn dieselben Wahlkreispolypen, deren Herstellung er eine so ungewöhnlich leichtfertige und oberflächliche nannte, sind offiziell dem Hause vorgelegt worden, und aufgrund derselben hat die Wahlprüfungskommission einstimmig diese Bildungen für unzulässig erklärt. Herr Döhring streitet jede böse Absicht ab und bezeichnet das alles nur als einen reinen Zufall. Ein wunderbarer Zufall, daß die Herren diese eigenthümlichen Zickzackwindungen herauskonstruirt haben und dann zufällig das Resultat sich ergeben hat, daß konservative Wahlmänner gewählt wurden. Eigenthümlich ist bei dieser Wahl auch die persönliche Betheiligung der Landräthe an der Wahl. Gerade hier hatten die Landräthe vor allem die Verpflichtung, sich eine besondere Zurückhaltung aufzuerlegen. Wenn der Bruder des Wahlministers (Unruhe rechts) kandidirt, so entspricht es dem einfachen Taktgefühl, daß dann die Beamten sich zurückhalten, daß sie nicht für den Bruder ihres Chefs eintreten . . . das sind sie dem Minister schuldig, daß sie ihn nicht in die peinliche Lage bringen, daß hier vor öffentlichem Forum verhandelt wird, wie seine untergebenen Landräthe für seinen Herrn Bruder sich ins Zeug legten. Ich wasse es selbstverständlich nur seinem Humanitätsgefühl zu, wenn er Herrn Dippe nicht schon längst rektifizirt und strafversetzt hat, den Wunsch hat er jedenfalls schon längst gehabt. (Heiterkeit.) Als im Jahre 1884 es sich um die Reichstagswahlen handelte, war zuerst in dem Wahlkreise der Vorsitzende des konservativen Wahlvereins, Gerlich, aufgestellt, da trat in einer Wahlversammlung der Landrath Dippe auf und empfahl den Herrn v. Puttkamer als den geeigneteren Kandidaten, und auf den Zwischenruf aus der Versammlung erklärte er, der Landrath sei ein politischer Beamter und an die Spitze des Kreises gestellt, um Politik zu treiben, und als ihm zugerufen wurde, wer ihm das Recht dazu gebe, sagte Herr Dippe nach einer Lesart „Se. Maj. der König," nach der anderen „der Erlaß Sr. Maj. des Königs." Als dann im Reichstage die Wahl geprüft wurde, wurde in dem Bericht der Wahlprüfungskommission vom Februar 1886 die Wahl des Herrn v. Puttkamer einstimmig beanstandet, im Dezember 1886 fand sich dann in der Uebersicht der vom Bundesrath gefaßten Entschließungen auf Beschlüsse des Reichstags die Mittheilung: „die königl. preußische Regierung ist um eine entsprechende Aeußerung ersucht worden; dieselbe liegt noch nicht völlig vor." Nach einem halben Jahre war also noch keine Entscheidung erfolgt, das haben wir allerdings nicht erwarten können, wo es sich um eine so horrible Thatsache handelt. Auch hier hat der Herr Minister auf meine wiederholten Fragen wie eine Auskunft darüber gegeben, was Herrn Dippe geschehen sei. Dieser selbe Herr Dippe spielt auch bei der Marienburg-Elbinger Wahl eine Hauptrolle, er will allerdings in den Wahlversammlungen nicht gesprochen haben, indessen behaupten verschiedene Zeugen das Gegentheil. Als Autorität berufe ich mich auf den Herrn Reichskanzler, der am 3. März 1881, als unser Freund Baumbach in Meiningen als Landrath einmal seinen persönlichen Freund Lasker in sein Haus aufgenommen und ihn ein einziges mal in seinem Sitzwagen in ein Wahllokal begleitet hatte, ohne übrigens sich irgendwie zu betheiligen, im Reichstage sagte: „Schon die Anwesenheit des Landraths habe zweifellos einen Druck auf die Wähler ausgeübt, den er nicht für billig halte (Hört! hört! links), und selbst die persönliche Beherbergung des Kandidaten seitens des Landraths sei nicht recht statthaft." Der Herr Reichskanzler nahm auch ein solches Aergernis daran, daß er sich an das Ministerium in Meiningen wandte und als dieses nicht anbeißen wollte, selbst an den Landesfürsten, bei dem er wohl auch nicht großen Erfolg gehabt hat. (Heiterkeit.) Ich hoffe, der Herr Reichskanzler, der ja auch Ministerpräsident in Preußen ist, wird, wenn ihm die Ereignisse in Elbing-Marienburg zur Kenntniß kommen, energisch eingreifen und seinem Kollegen Herrn v. Puttkamer, dem Chef der Wahlpatronage, tüchtig den Standpunkt klar machen. (Lachen rechts.) Denn was von Herrn Baumbach in Meiningen gilt, das muß auch auf Herrn Dippe in Elbing Anwendung finden. Wir sind allerdings noch weit entfernt von einer solchen gleichmäßigen Behandlung. Ich erinnere Sie nur daran, daß, als der Schandartikel eines Kartellblattes „Frauenzimmerpolitik", der unangefochten durch eine Reihe von konservativen Zeitungen ging, von einem freisinnigen Blatte abgedruckt wurde, das seiner Entrüstung über denselben Ausdruck gab, dieses Blatt wegen Majestätsbeleidigungen angeklagt wurde. Ist es nicht geradezu empörend, daß in dieser Weise in Preußen vorgegangen wird? (Zustimmung links und im Centrum.) Wie war es denn mit der Königstreue der Kartellpresse bestellt, wie hat sie die Mitglieder des Königshauses angegriffen? (Hört, hört links, große Unruhe rechts, Rufe bei den Nationalliberalen: Denunziation.) Schweigen Sie doch mit Ihrer „Denunziation", schämen Sie sich, derartige Reden zu führen und eine solche Stellung einzunehmen. (Große Unruhe rechts und bei den Nationalliberalen.) Wir rufen nicht die Staatsanwälte, es ist aber Pflicht, das zu markiren; ich weiß, daß den Herren Nationalliberalen das unangenehm ist, denn auch Ihre Zeitungen haben ja dasselbe gethan. Das ist die „nationale" Königstreue. (Große Unruhe bei den Nationalliberalen.) Wir wollen keine Staatsanwälte, im Gegentheil, wir freuen uns, daß die Preßfreiheit so weit ist, aber gleiche Pflicht und gleiche Sonne, und was Herrn Baumbach geschieht, das soll auch Herrn Dippe geschehen. Auf das Kapitel der Presse werden wir ein anderes mal kommen und dann werden wir auch den Welfenfonds einer näheren Besprechung unterziehen, der zum großen Theil zur Unterstützung einer Presse verwandt wird, die sich als durchaus königstreu erwiesen hat. Die Beamten sollen nicht Agenten der jeweiligen Regierung sein. Man muß unterscheiden die Interessen des jeweiligen Ministeriums und der Krone. Es wird immer so hingestellt, als ob der ehrsame Bürger, der für den Kandidaten der Regierung eintritt, auch für die Krone eintritt. In Wirklichkeit aber kann doch der Träger der Krone eine ganz andere Meinung haben, als der Chef der Wahlpatronage, und ist in diesem Falle die Wahlagitation gegen das Interesse der Krone. (Ruf rechts: Nein! in Preußen ist das gar nicht möglich.) Das führt eben zur Allgewalt der Minister, nicht aber zur Erhöhung und Stärkung des Ansehens der Krone. Die Interessen der Krone sind nimmermehr verbunden mit denjenigen der zeitweiligen Minister, sie sind dauernden und erhaben über die Interessen der Männer, die sich an ihren Stuhl klammern und nur zeitweilig die Geschäfte des Landes führen. Das Gefühl, daß die Beamten nichts weiter sind, als die Diener des Staates und Vollstrecker des Gesetzes, muß noch viel mehr geschärft werden. In Baiern erscheint jedesmal vor einer Wahl ein königlicher Erlaß, in welchem die Beamten auf die pflichtgemäße Enthaltung von jeder Beschränkung der Wahlfreiheit hingewiesen werden. (Hört! hört! links.) Was die Baiern seit langen Jahren haben, soll das in Preußen uns vorenthalten werden? Sollen die Maximen des jetzigen Chefs der Wahlpatronage dauernd bleiben? Ich erinnere Sie an die Worte, welche am 4. Mai 1858 Prinz Albert, der Gemahl der Königin Viktoria, an den König Wilhelm schrieb: „Die Art der Wahlumtriebe des Manteuffel'schen Ministeriums, indem es die Behörde zu Wahlagitationen verantaßt, hat bei allen patriotisch und rechtlich Denkenden einen solchen Abscheu erregt, daß Du die heilige Pflicht hast, eine Wiederholung dieser Schmach unter Deinem Namen zu verbieten und zu verhindern." Dreißig Jahre sind seitdem vergangen. Werden wir vielleicht endlich einmal im Jahre 1888 diese Schmach nicht mehr erleben? Wir bitten darum, daß auch der jetzige Chef der Wahlpatronage die Beamten streng anweist, in den Rahmen des Gesetzes zu bleiben und sich jeglicher Einmischung, die über den Rahmen hinausgeht, zu enthalten. Nur dann kann man auf den dauernden Bestand der Krone und des Vaterlandes rechnen. (Lebhafter Beifall links und im Centrum; Zischen rechts.)

Abg. v. Czarlinski (Pole): Ich kann aus eigener Erfahrung bestätigen, daß die jetzt übliche Wahlkreisgeometrie zu der größten Ungerechtigkeit führt; denn gerade in den Bezirken, welche durch uns vertreten werden, versucht man alles Denkbare, um den Wählern die Ausübung ihres Wahlrechts zu erschweren oder gar unmöglich zu machen. In neuerer Zeit wird diese Ungerechtigkeit noch weiter getrieben durch den jüngsten Erlaß des Regierungspräsidenten zu Danzig, nach welchem künftig die polnischen Familiennamen in deutscher Schrift wiedergegeben werden sollen. Gelangt diese Maßregel zur Ausführung, so wird zweifellos in vielen Fällen die Identität der Personen nicht nachgewiesen werden können und schon dadurch werden bei den Wahlen eine Reihe von Mißhelligkeiten sich ergeben. — Wir werden selbstverständlich für den Antrag Rickert stimmen.

Der inzwischen neu formulirte Antrag Rickert lautet:

a) Die Wahl der Wahlmänner in den Wahlbezirken 1 bis 32 Elbing und 12 bis 53 Marienburg für ungiltig zu erklären,
b) der Regierung den Protest vom 23. Januar 1886 zur Kenntnißnahme und weiteren Veranlassung schriftlich mitzutheilen.

Abg. v. Rauchhaupt: Ich hätte wirklich gewünscht, daß die Herren für ihre heftigen Angriffe etwas mehr Material vorgeführt hätten. Das einzige, was sie vorgebracht haben, ist, daß die Landräthe nicht das Recht haben, im Wahlkreise herumzureisen. Auch den Reichskanzler hätte sich Herr Rickert nicht berufen sollen, sondern lieber an dessen Rede vom 2. Januar 1884 denken sollen. Ich meine, wenn er diese Rede durchgelesen (Zuruf: vorlesen!), dann hätte er uns manches ersparen können. Er hat gerade in das Kronrecht eingegriffen, indem er solche Vorwürfe gegen der Krone Beamten vorbringt. Und doch hat er andererseits kein Wort des Tadels dafür, daß ein Landgerichtsrath mit Herrn Baumbach herumgereist ist und in einer Weise agitirt hat, die ihm schließlich 4 Monate Gefängniß eingetragen hat. Sie sollten doch die Mahnungen, die Sie an die Landräthe richten, lieber an Ihre eigenen Vertreter richten. Aber Sie wollen ja als Vertheidiger der Kronrechte sich aufwerfen und die Krone gegen ihre eigenen Beamten, gegen die Minister schützen. Es wäre ja vielleicht möglich, daß die Herren die Minister durch andere Personen schon ersetzt glaubten, das kann ich Ihnen aber sagen, wenn Sie daran kämen, Sie würden es noch viel schlimmer machen. (Zuruf des Abg. Richter: Ach, die alten elenden Geschichten!) Ich möchte Sie z. B. einmal als Minister sehen, was Sie wohl für Ordres an die konservativen Landräthe erlassen würden, die würden noch ganz anders lauten, als der Minister v. Puttkamer überhaupt gar nicht erlassen hat. (Heiterkeit.) Die Diskussion beabsichtigen wir Ihnen nicht abzuschneiden; wir wußten ja, wie wenig Material Sie gegen uns vorbringen können. Wenn nun wenigstens dann Herr Rickert den unseres Erachtens wichtigsten Punkt hervorgehoben hätte, auf den hin meine Freunde für die Kassation der Wahl stimmen würden. Herr Rickert, der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18880529024/fragment/page=0001

sonst doch so große sittliche Entrüstung besitzt, hat gerade den Punkt ganz zurücktreten lassen, daß eine große Anzahl Wahlmännerwähler Geld und sonstige Wahleinschädigung bekommen hatten. Wir sind der Ansicht, daß man vielleicht so weit gehen kann, den Wahlmännern freie Fahrt zu gewähren oder sie mitzunehmen, wenn sie weit wohnen. Aber ihnen baar ihre Auslagen und sonstige Reisekosten zurückzuerstatten, eine solche Praxis muß durchaus zu einer Korruption führen. Wir können eine unberechtigte Wahlgeometrie nur in einem Falle annehmen. Wollen Sie jede Wahlbezirksbildung, die Ihnen politisch nicht paßt, angreifen, was würde daraus entstehen, wenn wir Ihnen gegenüber dasselbe Verfahren in Anwendung brächten. So lange ein Landrath sich innerhalb der gesetzlichen Schranken hält, hat keine Partei das Recht, ihm politische Motive zu suppeditiren. Wenn Herr Rickert gesagt hat, es sei nicht mit der Ehre des Beamtenstandes vereinbar, was bei diesen Wahlen von seiten des Landraths geschehen sei, so ist das der schwerste Vorwurf, der je gegen die Beamten erhoben worden ist. Sie haben nicht das Recht, einem Beamten vorzuwerfen, daß er die Ehre seines Standes nicht verstehe, in dieser Weise darf man die Beamten Sr. Majestät nicht diskreditiren. (Abg. Rickert: Wozu sind die Volksvertreter da, wenn sie nicht Kritik üben können.) Wenn er den Minister des Innern in dieser Weise der Ungehörigkeit beschuldigt, dient er damit der Krone? Nein, Sie wollen einen Gegensatz zwischen Minister und Krone suppeditiren. Sie werden dem Lande nicht weis machen, daß die Hohenzollern nicht mehr die Minister wählen, die sie wollen. Ich meine, ich habe bewiesen, daß man einen großen Vorsprung hat machen wollen, aber nichts erreicht hat. Parturiunt montes — den Rest sagen Sie sich selber.

Abg. Bachem (Centr.): Es ist allerdings bedauerlich, daß heute am letzten Tage der Session erst diese Sache zur Verhandlung kommt und es muß ernstlich überlegt werden, ob nicht eine anderweitige Organisation der Wahlprüfung angezeigt wäre, warum sollten wir nicht mehrere Wahlprüfungskommissionen zugleich einsetzen können, um sämmtliche Wahlprüfungen schon in der ersten Session zu erledigen. Außerdem sollten diese Bezirkseintheilungen vor der Wahl offen gelegt werden, damit die Betheiligten noch vor der Wahl Einsprüche erheben könnten. Dann würden die Schwierigkeiten, die zu so langen Verschleppungen führen, vermieden werden. Die Wahlgeometrie auf dem Lande ist nicht so schlimm wie in der Stadt, denn in Krefeld z. B. zog sich ein Bezirk durch die ganze Stadt, während auf dem Lande höchstens ein Gehöft hineingezogen wird. Aber allerdings ist gerade die Urwahlbezirkseintheilung der Punkt, an dem der Wahlthätlicher zuerst einsetzt, und darum müssen wir hier fest einsetzen, solche Gebilde künftig unmöglich zu machen.

Abg. Cremer vertheidigt die Wahlprüfungskommission gegen den Vorwurf der Verschleppung dieser Wahlen und behauptet, daß nirgends eine größere Wahlbeeinflussung geübt werde, als bei den berliner Stadtverordnetenwahlen.

Abg. Dr Meyer-Breslau: Herr v. Rauchhaupt, mit dem ich mich zu beschäftigen habe, hat seine Rede damit angefangen, als handle es sich hier um eine untergeordnete Angelegenheit. Nein, es ist eine Angelegenheit von großer Bedeutung. Es giebt nichts Wichtigeres in einem nationalen Staate als die Wahlfreiheit. Herr v. Rauchhaupt legte großen Werth darauf, daß hier nur ein einzelner Fall der Beeinflussung vorliegt. Das erinnert mich an eine kleine Geschichte aus den „Fliegenden Blättern", wo ein Soldat sich bei seinem Hauptmann beschwert, weil er in seiner Suppe einen Käfer gefunden habe, und der Hauptmann entschied: wenn einmal und an einem Tage ein Mann einen Käfer in seiner Suppe finde, so hat das nichts zu bedeuten, wenn aber jeden Tag jeder Mann einen Käfer in seiner Suppe findet, dann würde er ernsthaft einschreiten (Große Heiterkeit). Herr v. Rauchhaupt berief sich darauf, er habe nur den einen Käfer gefunden (Heiterkeit). Ja, wir sagen aber in Erinnerung an das Ovid'sche Wort: crimine ab uno disce omnes, oder in diesem einen Fall ist es gelungen, den Käfer nicht allein unverletzt zu erhalten, sondern auch in Spiritus zu setzen. (Heiterkeit.) Aber Käfer dieser Art schwimmen überall in der Suppe herum (erneute Heiterkeit), nur sind sie manchmal schon so zerkocht, daß wir sie nicht mehr auf die Nadel spießen können. (Große Heiterkeit.) Herr v. Rauchhaupt sagte, wenn einmal ein Ministerium aus unserer Partei genommen würde, so würde noch schlimmer verfahren werden. Beweisen kann er das nicht. Der Fall ist noch nicht dagewesen und darum kann ich es auch nicht widerlegen. Ich sehe mich in der schwierigen Situation, Herrn v. Rauchhaupt nur eine Wette anbieten zu können (Heiterkeit), daß wir es nicht so machen würden, mit der Bitte, darauf zu bringen, daß diese Wette möglichst bald zur Entscheidung komme (Heiterkeit), damit er weiß, wer den Eventualeinsatz zu bezahlen hat. (Erneute Heiterkeit.) Herrn Döhring, welcher Wahlkandidat war, kann ich keinen Vorwurf daraus machen, daß er so weit agitirt hat, als es zur Unterstützung seiner eigenen Wahl nöthig war; aber ich bestreite, daß Herr Dippe Ursache hatte, für seinen Kollegen einzutreten. Wenn Herr v. Rauchhaupt so großen Werth darauf legt, daß hier eine Art Bestechung der Wahlmänner stattgefunden hat, so trete ich ihm völlig bei. In der Wahlprüfungskommission hat meine Partei auch darauf aufmerksam gemacht, ist aber von den Mitgliedern aller Parteien in der Kommission im Stich gelassen worden. (Hört! hört! links.) Der Erlaß vom Jahre 1882, auf den Herr v. Rauchhaupt hinweist, bietet nicht die geringste Handhabe dafür, daß ein Landrath im Interesse einer Partei agitiren soll, er unterstaat den Beamten nur die Agitation gegen die Regierung. Es wäre zu wünschen, daß ein Wort, wie es im Jahre 1888 gesprochen wurde, sich heute einmal wiederholte. Die Aufrechterhaltung der Wahlfreiheit liegt nicht allein im Interesse der Wählerschaft, sondern auch im eigensten Interesse der Krone, welche verlangen muß, durch die Wahlen die Stimme des Volkes zu erfahren, die nach meiner Ueberzeugung sich im ganzen doch mit der Stimme des gesunden Menschenverstandes decken wird. (Abg. Friedberg: Angstprodukt.) Herr Friedberg meint, das Volk sei vom gesunden Menschenverstande verlassen worden, als es sich bei den letzten Reichstagswahlen verleiten ließ, anders zu wählen als es wollte. (Heiterkeit.) Ich habe keine Veranlassung, gegen diese Aeußerung mit besonderer Lebhaftigkeit zu polemisiren. Ich werde mir gestatten, im stillen die Hände zu reiben. Wir wollen, daß das Wahlrecht, wie es verfassungsmäßig besteht, eine Wahrheit würde, daß es nicht getrübt wird durch unberechtigte Einflüsse und es wäre mir sehr angenehm, von einem der späteren Redner zu erfahren, was sie eigentlich gegen dieses bescheidene Verfahren einzuwenden haben. (Beifall links.)

Abg. Wolff (kons.): Die Erregung des Herrn Rickert stand in gar keinem Verhältnisse zu ihrer Ursache. Ich hatte wenigstens gedacht, daß er uns nicht mit dem kommen würde, was die freisinnigen Blätter so wenig geschmackvoll gebracht haben. Zudem hätte er in Bezug auf den Artikel „Frauenzimmerpolitik" doch auch unsern der Wahrheit die Ehre geben sollen, daß er davon Notiz nahm, daß das einzige Kartellblatt, welches diesen Artikel gebracht hat, dem Staatsanwalt verfallen ist. In der Sache selbst halte ich es in den Kommissionsvorschlägen für bedenklich, daß dadurch einer „Abrundung" der Wahlbezirke präjudizirt wird; eine solche Abrundung dürfte wenigstens auf dem Lande großen Schwierigkeiten begegnen. Auch das halte ich für durch nichts erwiesen, daß die Landräthe aus parteitaktischen Rücksichten Wahlkreisgeometrie getrieben haben.

Abg. Friedberg (nl.): Meine politischen Freunde sind geneigt, für den Kommissionsantrag zu stimmen. Herr Rickert sprach mit einem Seitenblick auf uns davon, daß die Kartellpresse Angriffe auf die Kaiserliche Familie enthalten habe. Eine Kartellpresse kenne ich nicht, das Kartell ist nur gemacht zu einer bestimmten Wahl. Weiter weiß ich nichts davon, es existirt nicht mehr. (Hört, hört! links.) Somit existirt auch keine offizielle Kartellpresse, für welche wir verantwortlich sind. Nur ein einziger Artikel, auf den sich Herr Rickert beziehen könnte, stammt von einem spezifisch partikularistischen sächsischen Blatte, mit dem wir absolut nichts zu thun haben, und wenn Herr Rickert von weiteren uns nahe stehenden Blättern gesprochen hat, namentlich von Blättern in der Rheinprovinz, so fordere ich ihn auf, mir den Beweis dafür zu bringen. Wenn er das nicht thut, muß ich seine Behauptungen als objektive Unwahrheit bezeichnen. Ich bedauere, daß Herr Rickert seinen Namen hergegeben hat, um dem modernen Skhophantentum, wie es sich in der „Freisinnigen Zeitung" etablirt hat, seine Unterstützung zu verleihen. (Unruhe links.) Mein Zwischenruf, daß es keinen Gegensatz zwischen Ministerium und Krone gebe, bezog sich darauf, daß nach unserer Auffassung in Preußen wohl Meinungsverschiedenheiten zwischen Krone und Ministerium vorhanden sein können, aber diese Verschiedenheiten haben einen Ausgleich zu finden und wenn dieser Ausgleich nicht gefunden wird, so nutz der Diener der Krone eben gehen. (Rufe links.) Er geht aber nicht, die Linken wollen darauf hinaus, daß der Diener der Krone ohne Nöthigung des Monarchen gehen solle, die Herren sind eben fortdauernd bemüht, einer gewissen Stelle ihre Unterstützung darzubieten, wo ihre Unterstützung gar nicht begehrt wird. Es übersteigt meine Weisheit, wenn die Herren Richter und Rickert der Krone immer ihren Schutz in Aussicht stellen. Es war nicht loyal von Herrn Meyer, daß er bloß, um einen Heiterkeitserfolg zu erzielen, meinen Zwischenruf „Angstprodukt" so falsch auslegte. Ich wollte nur damit darauf hinweisen, daß während heute Herr Meyer den Ausdruck des Volkswillens mit dem gesunden Menschenverstand identifizirte, Herr Richter im Gegensatz dazu den Ausfall der letzten Reichstagswahl als „Angstprodukt" bezeichnet hat. Jene Aeußerung des Herrn Richter war eine schmachvolle Beleidigung der Wähler. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen, große Unruhe links) und vielleicht sollte Herr Meyer sich gerade darum veranlaßt, jene Aeußerung etwas abzuschwächen. Ich gebe mich allerdings der Hoffnung hin, daß die Wähler das nächste Mal ihrem gesunden Menschenverstand zu einer Weise Ausdruck geben werden, daß es nicht den Beifall des Herrn Richter finden wird. (Beifall bei den Nationalliberalen, Unruhe und Zischen links.)

Abg. Richter: Das Wort „Angstprodukt" werden die Herren nun einmal nicht los. Es hat sie zu richtig getroffen. Gerade weil wir den gesunden Menschenverstand vor künstlicher Verwirrung, Einschüchterung und Beeinflussung sichern wollen, bringen wir alle Ungehörigkeiten bei den Wahlen zur Sprache. Im Februar 1887 waren alle Landräthe angewiesen, sog. Belehrungen in das Volk zu tragen, nur um die landräthliche Autorität im Sinne der Kartellparteien auszuspielen. Zahlreiche Wahlbeeinflussungen haben die Reichstagsverhandlungen kund gethan. Aber die Kartellmehrheit will nicht den Akt abtagen, auf dem sie sitzt. Im Bewußtsein, daß diese ihrer Wahlen ohne die Herren Landräthe nicht möglich sind, beurtheilen auch die Nationalliberalen alle Verstöße hier so milde, wie es kein liberaler Mann thun dürfte. Der Herr Vorredner sprach von seinem Vertrauen auch auf die folgenden Wahlen. Bei den Ersatzwahlen aber ist jedes Mandat, das zur Erledigung kam, den Kartellparteien verloren gegangen. In dem Augenblick, wo die allgemeinen künstlichen Beeinflussungen wegfallen, kommt der gesunde Menschenverstand des Volkes wieder zu Ehren. (Unruhe rechts.) Alle Beeinflussungen in Altena-Iserlohn, die Kunststücke des Ammanns Opderbeck, des Schwagers des Abg. v. Heede, haben nicht geholfen. (Zuruf von den Nationalliberalen: Denunziation.) Das nennen die Herren Denunziation, wenn wir das ungehörige Auftreten von Beamten bei der Wahl hier rügen! Vielleicht wäre es in Altena-Iserlohn nicht so schlecht gegangen, wenn Herr v. Eynern nicht die Hand darin gehabt hätte. (Große Heiterkeit.) Entweder haben Sie die Artikel Ihrer dortigen Presse, welche der Partei so überaus schadet, selbst geschrieben, oder die Verfasser haben aus Ihren Reden so viel gelernt, daß sie infolge der Ihnen eigenen Methode Ihrer Partei dort den Schaden zufügen. Wunderbar, sonst wird immer von dem Kartellbündniß hier so viel geredet; wenn aber eine Ungehörigkeit vorkommt, erklären Sie, wie der Herr Vorredner, das Kartell als gar nicht mehr vorhanden. Ich hätte gewünscht, daß, als in Breslau und Leipzig die Agitation gegen die Krone begann im Namen der vereinigten nationalen Partei, und die Vorstände der Nationalliberalen, Konservativen und Freikonservativen sich an die Spitze dieser Agitation stellten, in einer Angelegenheit, die das Parlament und die Volksvertretung gar nicht beschäftigte, daß im Namen der Kartellparteien von oben herab ein solches Treiben damals desavouirt worden wäre. Aber weil Sie dazu geschwiegen, sind Sie jetzt mitverantwortlich. Sie fragen, warum wir mit unserer Loyalität jetzt hervortreten. Nun, wenn andere Parteien derart in der Illoyalität wetteifern (Oho! rechts und bei den Nationalliberalen), solche illoyalen Vorkommnisse im Lande sich ereignen, sind wir allerdings verpflichtet, gerade einem schwer kranken Kaiser gegenüber, unserer Loyalität einen schärferen Ausdruck zu geben. (Bravo! links und im Centrum, Pfui! rechts.) Hätten Sie doch Pfui gerufen damals, das würde Ihnen besser gestanden haben. Manches in der Presse, manches in jenen Vereinen würde nicht gewagt worden sein einem gesunden Kaiser gegenüber. (Sehr richtig! links und im Centrum.) Wir sehen ja auch, daß in dem Maße, als die Gesundung des Kaisers fortschreitet, sich alles jenes Gesindel wieder in seine Höhlen verkriecht, aus denen es in jenen Tagen schwerer Erkrankung sich hervorwagte. (Beifall links und im Centrum.) Allerdings sind die Dresdener Nachrichten, das Hauptblatt der Konservativen in Sachsen, es gewesen, die jenen schmachvollen Artikel gegen die Kaiserin Viktoria gebracht haben. Sie sagen: zeigen Sie uns ein nationalliberales Blatt. Lesen Sie denn Ihre Kölnische Zeitung gar nicht? Haben denn darin nicht wirklich alle jene Insinuationen gestanden von dem Hineintragen frauenhafter persönlicher Elemente in die Politik, welche die Schätze der Bismarck'schen Politik leichtsinnig zu verschleudern trachte? Jenes Hauptblatt der Kartellparteien und der Nationalliberalen am Rhein sprach von hochstehenden Frauen, welche über ihren Herzensangelegenheiten die Politik und die dauernden Interessen der Dynastie und des deutschen Vaterlandes vergessen. (Hört, hört! links und im Centrum.) Hat etwa nicht im „Deutschen Tageblatt" gestanden, daß Deutschland unter das laudinische Joch Englands in der Battenbergfrage gebeugt werden solle? Die „Freisinnige Zeitung" hat sich ein Verdienst damit erworben, daß sie in diesen Tagen jenes Gesindel in der Presse entlarvte. (Sehr richtig! links), was keiner Partei zur Ehre gereichte. Jetzt weiß jedermann, daß es Betrüger, bestrafte Leute, Schwindler gewesen sind, die an der Spitze gestanden haben einer systematischen Verbreitung von Hetzartikeln gegen die Kaiserin Viktoria und alles, was irgendwie zu England Beziehungen hatte (Sehr gut! links, Ruf rechts: zur Sache!). Warum haben Sie nicht zur Sache gerufen, als Herr Friedberg mich provozirte? (Sehr richtig! links.) Jetzt müssen Sie aushalten (Heiterkeit links, große Unruhe rechts.) Die Blätter, in denen jene schmachvollen Artikel verbreitet wurden, sind Organe der Kartellpresse, vielfach amtliche Kreisblätter. Wurde doch sogar die Einräumung von Gemächern für die Königin von England in dem charlottenburger Schloß als eine Profanation gegen die Pietät gegenüber den Vorfahren der Hohenzollern gekennzeichnet. Die „Freisinnige Zeitung" betreibt kein „modernes Skhophantentum", sondern hat die Pflicht, die Preßfrechheit in jener Presse unter richtiger Würdigung der Preßfreiheit (Sehr richtig, links) vor der öffentlichen Meinung zur Verantwortung zu ziehen. Sie hat das Verdienst, klar gestellt zu haben, welches Gesindel in den letzten schweren Tagen der Nation an der Spitze der Hetze gegen das Kaiserhaus gestanden hat. Anstatt uns dafür zu danken, ist es ein nationalliberaler Herr, welcher mit der Beschuldigung des Skhophantenthums gegen die „Freis. Ztg." für jenes Gesindel eintritt (Sehr richtig! links). Allerdings hat auch die „Kölnische Ztg." einen Artikel der „Freis. Ztg." als Denunziation bezeichnet, der handelte über den Verrath von Staatsgeheimnissen. Es ist in Wahrheit bis heute noch nicht aufgeklärt, wie es möglich war, daß in der Angelegenheit der Battenberg'schen Verlobung Ausführungen aus amtlichen Schriftstücken in der „Köln. Ztg." veröffentlicht werden konnten, Ausführungen, von denen nur der Fürst Bismarck und das Kaiserpaar Kenntniß haben konnten. (Hört! hört! links. Unruhe rechts.) Wie war das möglich? Wie hat man seiner Zeit über den Grafen Arnim geurtheilt? (Hört! hört! links.) Ein besonderer Paragraph wurde damals gemacht, um der Wiederholung von Vorkommnissen vorzubeugen, welche das Ansehen und die Stellung Deutschlands dem Auslande gegenüber in Frage stellen. Und was erleben wir jetzt? In einer inneren Frage des kaiserlichen Hauses, bei der nur durch grobe Mißbräuche des Amtsgeheimnisses etwas in die Oeffentlichkeit kommen konnte, werden die ausführlichsten Nachrichten gebracht, geeignet, alles gegen das Kaiserhaus aufzuregen. Und was das Scheußlichste dabei war: damals als, wie jetzt thatsächlich feststeht, die Verlobungsfrage schon ausgeglichen war zwischen dem Kaiser und dem Kanzler, da erst wurde die Sache vor die Oeffentlichkeit gezogen und das Volk gegen das Kaiserhaus aufzuregen gesucht. Mußte man sich aber nicht sagen, daß unter allen Umständen, welches der Ausgang der Verlobungsfrage war, unser Kaiser Friedrich Rußland gegenüber durch jene Verlautbarungen in ein ungünstiges Licht gerückt wurde? Ich verstehe nicht, wie es möglich war, einen derartigen Staatsverrath zu treiben. (Große Unruhe rechts, Ruf: Zur Sache!) Beleidigungen haben wir von unserer Seite nicht gewünscht vor Gericht zu stellen. Nein, das Gesindel, welches hinter jenen Majestätsbeleidigungen steckte, ist gar nicht werth einer gerichtlichen Anklage. Dadurch würde demselben noch in den Augen seiner Anhänger ein Martyrium bereitet werden. (Bravo links.) Aber allerdings als Gesetzgeber sind wir verpflichtet, darauf hinzuweisen, wie ungleich das Strafrecht in Preußen gehandhabt wird. (Hört! hört! links.) Das hat Herr Rickert zur Sprache gebracht. Wenn gegen Fürst Bismarck der hundertste Theil derjenigen Beleidigungen geschleudert wäre, die in den letzten Wochen gegen die Kaiserin Viktoria gebraucht werden konnten — (Sehr wahr! links, zur Sache! rechts.) Das ist zur Sache, das paßt Ihnen aber nicht, — dann würden die Gefängnisse sich mit hunderten von Personen füllen. Freisinnige Blätter bestraft man wegen groben Unfugs mit Monate langem Gefängniß, wenn sie nur unrichtige Nachrichten über die Behandlung des Obersten von Villaume durch den Czaren aus Fahrlässigkeit verbreiten. Ist aber ein gröberer Unfug jemals in der Presse in Preußen möglich gewesen, als in der Kartellpresse während der letzten Wochen? (Sehr richtig! links.) Alle Welt hat jene Hetzartikel gelesen, aber kein Staatsanwalt hat ein Auge dafür gehabt. Anklagen sind, abgesehen von jenem „Wittenberger Kreisblatt", so viel ich weiß, nur erhoben gegen freisinnige Blätter, und weshalb? Gerade deshalb, weil die freisinnigen Blätter jene angreifenden Artikel wiedergaben, um dagegen ihre Entrüstung zu bekunden. Man hat die freisinnigen Blätter wegen Majestätsbeleidigung angeklagt, obwohl der Artikel derselben schloß mit der Aufforderung, daß, wenn derartiges möglich wäre unter dem Fürsten Bismarck und dem Minister v. Puttkamer gegen die Kaiserin zu schreiben, alle Preußen die doppelte Pflicht hätten, sich um das Kaiserpaar zu scharen. (Der Präsident ersucht den Redner, sich nicht zu weit von der Sache zu entfernen.) Abg. Richter: Ich führe ja nur weiter aus dasselbe, worüber Herr Friedberg gesprochen. Indessen bin ich zu Ende hiermit. Es ist genügend gewesen, manches klar zu stellen, was längst hätte öffentlich zur Sprache gebracht werden müssen, wenn sich eine Gelegenheit dazu geboten. Sie sprechen davon, daß eine Meinungsverschiedenheit zwischen der Krone und den Ministern nicht bestehen kann. Sie sprechen davon, als ob wir gegen die Krone und ihre Befugnisse sprechen. Herr v. Rauchhaupt ging sogar so weit, diesem Hause das Recht abzusprechen, über den Herrn Landrath zu sprechen. Ja, der Landrath kann nicht Unrecht thun. Ich nehme Herrn v. Rauchhaupt am wenigsten übel, wenn er diesen Standpunkt vertritt. Ein Landrath hackt dem anderen nicht die Augen aus. Darum wies er auch darauf hin, daß es unstatthaft sei, wenn den Wählern Wegzehrungen gegeben seien, nur damit das Votum des Hauses vom Landrath abgeleitet würde und um so schwerer auf den konservativen Verein zu Elbing fiele. Wozu hat man denn überhaupt eine Volksvertretung? Wozu haben wir Befugnisse, Resolutionen zu beschließen und Anfrage zu stellen, wenn nicht dazu, die Verwaltung in deren amtlichen Handlungen zu kontrolliren und unser Urtheil darüber zur Kenntniß der Krone zu bringen. Sonst wäre es ja niemals zu rechtfertigen, daß in einem Verfassungsstaate den Ministern gerade der Krone gegenüber so weit reichende Befugnisse gegeben sind, wie es der Fall ist. In einem früheren absolutistischen Staat konnte der König beispielsweise einfach bestimmen, der Gnadenerlaß hat sich auf diese und jene Kategorie zu erstrecken, dann wurde es einfach vollstreckt und der Minister hatte nur die Unterschrift des Königs zu beglaubigen. Wenn aber jetzt ein solcher Erlaß sich beispielsweise auch auf die Sozialdemokraten erstrecken soll, so kann der Minister sagen, das paßt nicht zu meiner politischen Verantwortlichkeit, und er steht alsdann nicht da als ungehorsamer Beamter, sondern er hat das Recht, sich auf seine politische Verantwortlichkeit zu berufen und kommt dadurch in die Lage, die Macht der Krone auf diese Weise einzuschränken. Niemals aber hätte man dem Minister in einer Verfassung eine so weit gehende Macht gegeben, wenn nicht als Korrelat auf der anderen Seite die Minister der Volksvertretung gegenüber verantwortlich erklärt worden wären. (Sehr richtig! links.) Die Minister haben das Recht, die Krone selbst in Fragen der persönlichen Prärogative einzuschränken nur unter der Voraussetzung, daß sie jede Amtshandlung hier vor uns verantworten. (Sehr richtig! links.) Wäre es anders, dann hätte der Minister eine Stellung, erhaben einerseits über die Krone und andererseits über die Volksvertretung. Wir würden dann nicht von den Hohenzollern, sondern von den Ministern regiert, die sich vor der Krone auf die Volksvertretung und vor der Volksvertretung auf die Krone berufen. Das wollen wir nicht zulassen. Die Voraussetzung für die Erhaltung aller Kronrechte ist die volle und unbeschränkte Wahlfreiheit für die Volksvertretung. Wenn wie in Elbing-Marienburg und wie es überhaupt dem Systeme Puttkamer entspricht, die ganzen Wahlen eine Probe darauf sind, wie stark die amtliche Wahlbeeinflussung ist, wie weit die Macht der Regierung reicht, nun dann ist ja die Volksvertretung selbst nur ein Produkt der Regierung, dann ist die Verantwortlichkeit der Minister vor derselben nur ein leerer Schein. Lieber als einen solchen Scheinkonstitutionalismus mit Ministerdiktatur würden wir zum absolutistischen System zurückkehren. (Sehr richtig! links.) Denn unter demselben sind die Befugnisse der Minister nie so weit gegangen, daß sie sich wie im Verfassungsstaat gleichzeitig erheben konnten über Krone und Volksvertretung. Mit der Forderung der Wahlfreiheit wahren wir gerade die Rechte der Krone. Die Krone will regieren in Uebereinstimmung mit dem Willen des Volkes. Auf die Dauer wäre ja auch eine andere Regierung gar nicht möglich. Wie aber soll die Krone den wahren Willen des Volkes erfahren, wenn die Wahlen gefälscht werden, wenn amtliche Beeinflussungen es verhindern, daß Licht und Schatten gleich vertheilt sind? Gerade der Krone dienen wir, indem wir alle solche Ungehörigkeiten scharf verurtheilen, und gerade Sie (rechts) thun der Krone einen schlechten Dienst, wenn Sie solche Eingriffe der Landräthe, solche Exzesse, wie sie unter dem System Puttkamer möglich sind, mit der Krone und ihrem Willen irgendwie in Verbindung bringen. Wir verwahren uns gegen eine solche Identifizirung vor dem Volk und vor dem Lande. (Lebhafter Beifall links, Zischen rechts und erneuter lebhafter Beifall links und im Centrum.)

Abg. Cremer-Teltow bedauert, daß das Abgeordnetenhaus sich habe mißbrauchen lassen, eine solche lange Rede über Leute, die als Gesindel bezeichnet, anzuhören, und vermeint, daß die angeführten Dinge zur vorliegenden Sache der Wahlprüfung gehörten.

Abg. v. Rauchhaupt (kons.): Im Namen meiner politischen Freunde lege ich Protest dagegen ein, daß die Person Seiner Majestät des Königs und Kaisers in die Debatte hineingezogen ist. Das widerspricht allen parlamentarischen Erfahrungen des Abgeordnetenhauses. Und ich muß erklären, daß wir allen den Angriffen, die Herr Richter vorgebracht, gegen die Person Seiner Majestät, daß wir diesen Angriffen durchaus fern stehen und wir das Gesindel zurückweisen auf die, die vielleicht Abg. Richter näher stehen.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (frk.): Ich schließe mich den Ausführungen des Abg. Rauchhaupt an. Wer behauptet, daß unsere

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18880529024/fragment/page=0002

Partei für die Preßangriffe auf Ihre Majestät die Kaiserin verantwortlich gemacht werden könne, ist ein frecher Verleumder.

Abg. v. Cynern (nl.): Namens meiner politischen Freunde erkläre ich, daß wir mit Rücksicht auf die Achtung vor der Krone auf die Ausführungen des Abgeordneten Richter, die sehr milde als unschicklich bezeichnet würden, nicht antworten werden. Im übrigen eine persönliche Bemerkung. Abg. Richter hat gesagt: In Altena-Iserlohn würde es besser gegangen sein, wenn Sie, Herr v. Cynern, nicht Artikel geschrieben und sich nicht eingemischt hätten. Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, daß schon in der „Freis. Ztg." dergleichen gestanden. Das ist mir ja sonst sehr gleichgiltig; ich will aber doch, um die Wahrheitsliebe des Herrn Abg. Richter zu kennzeichnen, auf mein Ehrenwort erklären, daß ich nicht irgend einen Artikel geschrieben, auch nicht inspirirt habe. Das einzige, was ich gethan, ist, daß ich die Bitte einiger Parteivorstände, doch dort hinzukommen, leider habe ablehnen müssen.

Damit wird die Generaldiskussion geschlossen.

Persönlich bemerkt

Abg. Richter: Ich konstatire dem Herrn v. Cynern gegenüber, daß ich niemals die „Freis. Zeitung" in diesem Hause citirt habe, und wenn sie ihm und seinen Freunden so überaus gleichgiltig wäre, so würde er sie überhaupt nicht citiren. Ich empfehle ihm dies für künftig. Als Beweis meiner Wahrheitsliebe hat er dann einen Satz angeführt, hat aber die Hälfte meiner Behauptung unterdrückt. Ich habe gesagt: entweder haben Sie diese Artikel geschrieben, oder diejenigen, welche dieselben geschrieben haben, haben von der parlamentarischen Weise des Herrn Abg. v. Cynern soviel gelernt, daß sie durch Anwendung seiner Methode den Wahlkreis in Ungelegenheit gebracht haben. Nach den Ausführungen des Abg. v. Rauchhaupt konnte man annehmen, daß ich die Krone angegriffen hätte. Die Staatsanwälte und Landräthe verwechseln sich fortwährend mit der Krone. (Sehr gut! links.) Ich habe die Staatsanwälte und Landräthe angegriffen, weil sie die Krone nicht so geschützt haben vor den Beleidigungen in der Presse, wie es ihre Pflicht gewesen wäre. (Lärmen rechts.) Es ist dann gesagt worden, wer da behauptet, die konservative Partei sei verantwortlich für die Aeußerungen ihrer Presse, der begehe eine freche Verleumdung. Dem gegenüber hätte ich doch gewünscht, daß Sie mit dieser Behauptung nicht so lange gewartet hätten, sondern sofort in dem Augenblick, wo dieser Artikel erschien, Ihre Verantwortlichkeit von dem Artikel losgemacht hätten, umsomehr, als es Blätter Ihrer Farbe waren, amtliche Kreisblätter. (Sehr gut! links.) Wenn gesagt worden ist, das Gesindel möge mir näher stehen als jenen Herren, nun so kann ich nur versichern, daß die Herren in Leipzig und Breslau gesprochen haben im Namen der konservativen und nationalliberalen Partei. Wenn Sie die heute als Gesindel bezeichnen, habe ich nichts dagegen (Heiterkeit), an Ihren Rockschößen bleiben sie jedenfalls hängen. (Sehr gut! Heiterkeit links.)

Persönlich erklärt Abg. Friedberg (nl.), daß es nicht gerade schmeichelhaft für ihn sei, Herrn Richter zu solchen Ausführungen zu veranlassen, seine Ausführungen sollten vielmehr nur eine Antwort auf die Provokationen des Abg. Richter sein. Das Gefühl für den Anstand habe er in seinen Ausführungen jedenfalls an den Tag gelegt, und unter allen Umständen würde der Anstand es ihm verbieten, Leute, mit denen Handlungen er nicht einverstanden sei, mit „Schwindler und Gesindel" zu bezeichnen. Diese Beleidigungen ständen auf gleicher Höhe mit den Insinuationen der „Freisinnigen Zeitung," die den hochgeachteten, ehrenwerthen Herrn Prof. Biedermann als den bezahlten Agenten des Fürsten Bismarck bezeichnet hatte.

Abg. Richter (dfr.): Hrn. Friedberg möchte ich erwidern, daß die „Freisinnige Zeitung" den Professor Biedermann nicht als bezahlten Agenten des Fürsten Bismarck hingestellt hat, sondern daß die „Freisinnige Zeitung" nur, was notorisch ist und jedes Kind weiß, bezeichnet hat, daß Professor Biedermann bei einer Gelegenheit vom Reichskanzler subventionirt worden sei. Sie hat dann gezeigt, daß es für einen solchen Mann nicht angezeigt sei, in einer Adresse für den Fürsten Bismarck gegen die Krone einzutreten. Mit „Gesindel" und „Schwindlern" habe ich natürlich niemandem in diesem Hause gemeint, sondern nur jene Verfasser der Preßartikel, und das habe ich nicht blos für anständig, sondern für meine Pflicht gehalten und wenn ich noch einen schlimmeren Ausdruck gewußt hätte, so würde ich ihn gegen die Leute, die den Kaiser so rücksichtslos schmähen, gebrauchen. Ich kann meine Rede natürlich nicht immer so einrichten, daß sie Herrn Friedberg paßt. Ich richte sie so ein, daß sie ihn schlägt. (Heiterkeit.)

Abg. Friedberg erklärt noch einmal, daß er auch den Abg. Richter nicht so verstanden habe, als ob er mit „Schwindler und Gesindel" Leute aus dem Hause gemeint habe; aber er meine auch, die Leute, die die Adressen in Breslau und Leipzig zustande gebracht haben, seien zwar unvorsichtig vorgegangen, aber doch sonst ehrenwerthe Leute.

Abg. v. Cynern (nl.): Von zuverlässiger Seite wird mir mitgetheilt, daß in der „Freis. Ztg." gestanden hätte, ich hätte die Flugblätter geschrieben. Damit war eine ganze Unwahrheit gesagt. Nach den Erklärungen des Herrn Richter will ich meinen Vorwurf zurücknehmen, er hat nur eine halbe Unwahrheit gesagt.

Abg. Richter: Ich habe einfach gesagt, daß jene Verfasser der Schlußartikel, wenn es nicht Herr v. Cynern selber gewesen sei, von seiner Methode so viel gelernt haben, daß sie ihn derart nachahmen können, um in gleicher Weise die Partei zu schädigen.

Mit Einstimmigkeit wird darauf der Kommissionsbeschluß (Ungiltigkeitserklärung der Wahlen v. Puttkamer-Plauth und Döbring, sowie zahlreicher Wahlmänner) angenommen. Mit großer Majorität auch der zweite Theil des Antrages Rickert (Ueberweisung des Protestes an die Regierung zur weiteren Veranlassung).

Die noch auf der Tagesordnung stehende Interpellation der Polen wird von dem Abg. Neubauer in Anbetracht der Geschäftslage zurückgezogen.

Der Präsident giebt darauf die übliche Geschäftsübersicht. Abg. Dr Windthorst spricht dem Präsidenten den Dank des Hauses für die Geschäftsführung aus, worauf Präsident v. Köller mit einem Dank für das ihm bewiesene Wohlwollen erwidert und mit einem Hoch auf den König, in das die Versammlung dreimal begeistert einstimmt, die Sitzung schließt.

Schluß 4¼ Uhr.

Schlußsitzung

der vereinigten beiden Häuser des Landtages im Sitzungssaale des Hauses der Abgeordneten am Sonnabend, 26. Mai, 6 Uhr.

Der Präsident des Herrenhauses, Herzog v. Ratibor, eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Aufgrund der Vereinbarung beider Präsidenten übernehme ich den Vorsitz.

Zu Schriftführern ernenne ich für das Protokoll die Herren Dr Wilhoff und v. Neumann, für die Rednerliste die Herren v. Erffa und v. d. Osten.

Der Herr Vicepräsident des Staatsministeriums hat das Wort.

Vicepräsident des Staatsministeriums v. Puttkamer:

Ich habe der hohen Versammlung eine Allerhöchste Botschaft mitzutheilen (die Versammlung erhebt sich):

Wir Friedrich von Gottes Gnaden König von Preußen haben aufgrund des Artikels 77 der Verfassungsurkunde vom 31. Jan. 1850 den Vicepräsidenten Unseres Staatsministeriums v. Puttkamer beauftragt, die gegenwärtige Sitzung der beiden Häuser des Landtags Unserer Monarchie vom 26. Mai d. J. in Unserem Namen zu schließen.

Gegeben Charlottenburg, den 25. Mai 1888.

Friedrich.

Gegengezeichnet vom gesammten Staatsministerium.

Im Auftrage Sr. Majestät des Königs erkläre ich die Sitzungen des Landtags der Monarchie für geschlossen.

Präsident: Se. Majestät der Kaiser, unser Allergnädigster König und Herr, Er lebe hoch!

(Die Versammlung stimmt begeistert in den dreimaligen Hochruf ein.)

Ich schließe die Sitzung.

Goethe-Gesellschaft.

(Eigener Bericht der Saale-Zeitung.)

ℱ Weimar, 27. Mai.

Die Hauptversammlung der Goethe-Gesellschaft fand am 26. d. hier statt. Goethe's Büste prangte in geschmackvoller Ausstattung im Festsaale. Durch die Anwesenheit Ihrer Königlichen Hoheiten des Großherzogs, der Frau Großherzogin, des Erbgroßherzogs und der Frau Erbgroßherzogin sowie deren hoher Gäste, Ihrer Königlichen Hoheiten des Kronprinzen von Griechenland, der Frau Prinzessin Hermann und der Prinzessin Olga von Sachsen-Weimar war die Versammlung ausgezeichnet. Herr Reichsgerichts-Präsident Dr Simson, Excellenz, eröffnete die Verhandlungen und dankte den höchsten Herrschaften, nicht nur für deren heutiges Erscheinen, sondern auch für die der Goethe-Gesellschaft in so reichem Maße bethätigte Huld und Gnade. Der Vorsitzende des geschäftsführenden Ausschusses, Herr Geh. Hofrath Ruland, erstattete den Jahresbericht, bezog sich in der Hauptsache auf die bereits im Druck erfolgte Veröffentlichung, dankte für die außerordentlichen, namentlich von Ihren Majestäten, der deutschen Kaiserin und dem König von Würtemberg zugewendeten Gaben, und hob als besonders erfreulich die starke Betheiligung im Auslande hervor. In Bezug auf die englische Goethe-Gesellschaft wurde erwähnt, daß die Verdienste des verstorbenen Herrn Geheimrath Frhr. v. Loën in einer Versammlung zu Manchester durch Herrn G. Schelling eingehend in einer besonderen Gedächtnißrede beleuchtet worden seien. Auch in Amerika wachse die Betheiligung, heute seien sogar drei Mitglieder von dort (die Herren Prof. Dr Hewett-Newyork, Rev. Scott-Boston, G. Hampel-Baltimore) in unserer Mitte, und gar bald stehe auch die Bildung einer amerikanischen Goethe-Gesellschaft in Aussicht. Sodann hielt Se. Excellenz Hr. Geheimrath Dr Kuno Fischer über Goethe's Iphigenie einen ebenso gediegenen als fesselnden Vortrag. Redner begann damit, daß Goethe's bedeutendste dramatische Dichtungen, namentlich Iphigenie und Tasso, in Weimar entstanden seien, ihre erste Heimath sei Weimar, ihre zweite Italien gewesen. „Tasso" sei langsam wie ein Orangenbaum gewachsen, während die Geburt von „Iphigenie" schnell vor sich gegangen. Begonnen am 14. Febr. 1779 habe der Dichter die ersten drei Akte in drei Wochen vollendet, den vierten am 19. März 1779 auf dem Schwalbenstein bei Ilmenau, den fünften am 29. März 1779 am Gardasee. Euripides sei zwar zugrunde gelegt, jedoch nach eigener Anschauung umgestaltet worden. Goethe habe den tragischen Stoff für eine Trilogie Iphigenie in Aulis, in Tauris und in Delphi zur Bearbeitung ausersehen. Aber so schnell die Entstehung, so habe doch die weitere Ausbildung und Entwicklung gar manche Stadien durchmachen müssen. Goethe habe sich nicht blos der Poesie, sondern auch den Staatsgeschäften mit gleichem Eifer gewidmet. Er habe Weimar als eine ihm gewordene, besondere Sendung des Schicksals angesehen und bei seinen so innigen freundschaftlichen Beziehungen zu Karl August sich berufen gefühlt, demselben überall mit Rath und That zur Seite zu stehen. So sei es zu erklären, daß sein Iphigenien-Manuskript verschiedene Wanderungen im Großherzogthum mit durchgemacht, z. B. nach Apolda zum Besuch der dortigen Strumpfwaaren-Manufaktur, nach Buttstedt zur Rekrutenaushebung, sowie zur Begutachtung des Straßenbaues nach anderen Orten. Zuerst sei das Drama bei dem fürstlichen Liebhabertheater zu Ettersburg am 3. Juli 1779 aufgeführt worden. Damals habe Karl August den Pylades, Goethe den Orest gegeben. Der Redner hatte sich nun zur Aufgabe gestellt, den religiösen Charakter der Iphigenie zu beleuchten und betonte, daß anstelle der Erfüllung eines Orakelspruches der Dichter die Erfüllung einer religiösen Sendung treten lasse. Die Heldin fühle sich berufen, die Götter ihres Hauses wieder zu versöhnen und die Tantaliden von ihren unheilvollen Qualen zu erlösen. Diese Sendung habe sie nicht vollenden können, wenn nicht ihre Seele von den Stürmen der Leidenschaft, von denen die Tantaliden so schwer heimgesucht waren, unberührt geblieben wäre. Die Schuld, die ungeheure Vermessenheit des Tantalusgeschlechtes, habe von der Wurzel aus vertilgt werden müssen und dazu sei Iphigeniens himmlische Tugend der Gelassenheit allein auserlesen gewesen. Orest habe die Erbsehler seines Geschlechts erkannt. Nur durch Iphigenie habe er entsühnt werden können.

Hr. Professor Dr Erich Schmidt trägt zu Nr. 3 der Tagesordnung über die neuen handschriftlichen Funde zum zweiten Theil des Faust folgendes vor. Die Vorurtheile gegen diese Dichtung hätten sich mehr und mehr verflüchtigt, wozu namentlich die Aufführungen in Weimar und Wien mitgewirkt. Goethe habe im Jahre 1824 in „Dichtung und Wahrheit" seine Pläne über den Faust einverleiben wollen, habe dies aber wieder beseitigt. Diese verworfenen Blätter hätten sich nun im Goethe-Archiv vorgefunden. Nach diesen Entwürfen gestalte sich die Dichtung in folgender Weise: Faust, aus dem Schlaf erwacht, wird durch Mephistopheles an den Hof des Kaisers Maximilian nach Augsburg geführt. Der Kaiser habe den Zaubermantel begehrt, um sich zu einer Gemsenjagd nach Tirol zu begeben. Hierauf lasse Mephistopheles die Helena erscheinen. Faust sei in glühender Leidenschaft entbrannt, habe ihren Besitz gefordert und sich mit ihr nach Palästina versetzt, wo er mit ihr ein Schloß bewohnt. Beider Sohn sei in ein Gedränge gerathen und erschlagen worden. Helena habe vor Schmerz die Hände gerungen und den Ring, der allein sie ihrem Scheindasein erhalten, vom Finger gezogen, wodurch sie von den bestrickenden Zaubereien, in welchen sie befangen, befreit worden sei. In diesem Entwurfe fände sich nichts von den Müttern, nichts von dem Homunkulus, nichts von dem Baccalaureus, nichts von der klassischen Walpurgisnacht. Alles sei gegenständlicher, deutscher und naturalistischer dargestellt. Redner bemerkt weiter, daß gerade hinsichtlich des zweiten Theiles des Faust sich die meisten Quellen im Goethearchiv vorfinden, von denen freilich gar manche in sehr desolatem Zustande gewesen sind. In betreff der Helenaakte seien an einzelnen Stellen 6, 8, auch 10 Korrekturen von Goethe's Hand bemerkbar, und noch einige Wochen vor seinem Tode habe der Dichter einen hierauf bezüglichen Eintrag in sein Tagebuch gebracht. Von den noch unbekannten Schätzen würden für die Goetheausgabe spätere Mittheilungen vorbehalten.

Zu Nr. 4 der Tagesordnung beantragte Hr. Dr Valentin, den bisherigen Vorstand für die Zeit vom 1. Jan. 1889 bis zum 31. Dez. 1891 durch Acclamation wiederzuwählen. Nachdem die Versammlung sich dahin ausgesprochen, daß die Statuten diesem Antrag nicht entgegenständen, wurde derselbe mit großer Majorität angenommen.

Zu 5 der Tagesordnung berichtet Herr Geheimeregierungsrath Dr Kuhn über die Ausführung des Ausschusses der Generalversammlung vom 2. Mai 1886, betreffend die Erhaltung bedeutsamer Gräber aus der Goethezeit. Derselbe teilt mit, daß seine Nachforschung günstige Resultate geliefert, auf dem alten Friedhof aber nur wenig Denkmäler aus jener Zeit enthalten seien. Nach langen Bemühungen habe sich endlich auch das Grab von Goethes Frau, Christiane geb. Vulpius ermitteln und feststellen lassen, und es sei nunmehr am heutigen Tage ein Grabstein dort aufgelegt und später soll daselbe noch mit einem Eisengitter umgeben werden. Herr Dr. Keil-Weimar bemerkte dagegen, daß nach der ihm vom verstorbenen Major Kämpfer gewordenen Mittheilung, welcher in seiner Jugend diesem Begräbniß selbst beigewohnt und sich der Einzelheiten noch genau zu erinnern gewußt habe, die Grabstätte von Goethes Gattin eine andere gewesen sein müsse. Obwohl der Major Kämpfer damals nicht mehr in der Lage gewesen war, sich selbst von der aufgefundenen Grabstätte zu überzeugen, so sollten doch weitere Erörterungen über diese Frage vorbehalten werden. Zur Erhaltung der fraglichen Gräber wurden wiederum 300 M. bewilligt.

Zu Nr. 6 der Tagesordnung berichtet Hr. Professor Dr. Suphan über Goethe-Bibliothek und Goethe-Archiv, bemerkt, daß erstere nahe an 1200 Bände enthält, und die Bearbeitung eines Katalogs in Kürze in Aussicht stehe. Die große Goethe-Ausgabe werde so rasch gefördert, daß noch in diesem Jahre 4 Bände erscheinen würden. Die Schätze des Goethe-Archivs seien wesentlich vermehrt worden, zunächst dadurch, daß Ihre königliche Hoheit die Frau Großherzogin den Eckermann'schen Nachlaß und das von Müller'sche Archiv angekauft habe. Zu dem ersteren seien besonders Briefe an Frau von Stein, Briefe aus Italien, sowie ein Brief Schillers an Goethe über die erste Aufführung des Wallenstein von Bedeutung. Das von Müller'sche Archiv enthalte hingegen auf das nahe Verhältniß, in welchem Goethe und der Kanzler Müller gestanden, die schätzbarsten Mittheilungen, insbesondere habe sich eine Instruktion von Goethe selbst über seinen Nachlaß vorgefunden, in welchem er sich dahin ausspricht: „Sein Nachlaß sei so mannichfach und so bedeutungsvoll, nicht blos für seine Nachkommen, sondern auch für das geistige Weimar, ja für ganz Deutschland, daß, wenn nicht mit aller Umsicht verfahren werde, große Nachtheile entstehen könnten. Er habe 60 Jahre lang jährlich 100 Dukaten auf den Ankauf der interessantesten und lehrreichsten Gegenstände verwendet. Es wäre schade, wenn alles das auseinander gestreut werde, an jedem Stück seines Besitzthums könne etwas gelernt werden. In diesem Sinne möchte er seine Sammlungen conservirt sehen. Die Münzen und Medaillen solle die weimarische Bibliothek erhalten, die übrigen Sachen sollten 25 Jahre zusammenbleiben zur Heranbildung zunächst seiner Enkel, sodann des ganzen Volks.

Redner gedenkt weiter der vielen interessanten Zuwendungen von Goethe-Literaten auch aus dem Privatbesitz, insbesondere der Herren Geh. Reg.-Rath Dr. Kuhn, Landgerichtsrath Dr. Hildebrandt aus Weimar und Mühlhausen im Elsaß.

Zu der Tagesordnung berichtet Hr. Geh. Hofrath Ruland über die Einrichtungen des Goethe-National-Museums. Als einen sehr erheblichen Zuwachs desselben bezeichnet er Goethes Hand- und Privatbibliothek. Zu dieser sei vorläufig nur ein von Kräuter alphabetisch aufgestellter Katalog vorhanden, es sei aber in Aussicht genommen, einen solchen nach den verschiedenen Branchen zu bearbeiten. Die unter des Redners Leitung durch Hophphotograph Held erfolgte Aufnahme von Originalen aus dem Goethe-National-Museum sei nunmehr vollendet, und heute die hervorragendsten der Held'schen Photographien im Neben-Saale ausgelegt. In Bezug auf die naturwissenschaftlichen Gegenstände habe sich eine Mappe vorgefunden, welche die interessantesten Beiträge liefere. Aus den geologischen Sammlungen sollten später abweichende Aufstellungen veranstaltet werden, da dieselben sehr viel gediegenes Material enthielten.

Zu Nr. 8 der Tagesordnung stellt Hr. Kommerzienrath Dr. Moritz die geschäftliche Entwickelung als eine sehr erfreuliche dar. Die Mitgliederzahl sei bis Ende vorigen Jahres auf 2870 gestiegen, während sie Ende 1886 nur 2405 betragen habe. Unter den Mitgliedern befänden sich 39 Angehörige regierender Fürstenhäuser, im übrigen gehörten Oesterreich 238, Rußland 64, der Schweiz 35, Italien 25, Schweden, Norwegen, Dänemark je 4, Griechenland 2, den Vereinigten Staaten 63 Mitglieder an, auch China, Indien und Australien seien vertreten. Auch die Finanzlage sei eine sehr günstige, indem trotz der bedeutenden Aufwände der Etat einen verzinslichen Vermögensbestand von 13,544 Mk. nachweise. Hierauf wurde dem Vorstand und dem Hrn. Schatzmeister hinsichtlich der Jahresrechnung für 1887 Decharge ertheilt.

Nach der Versammlung fand ein Festmahl statt, gewürzt durch die geistvollsten Trinksprüche, deren Reihe eröffnete Herr Präsident Dr. Simson, indem er des Kaiserhauses gedachte, zunächst des betrübenden Dahinscheidens des Kaisers Wilhelm und der darauf folgenden für den Kaiser Friedrich so schweren Zeit. Im würmsten Worten schildert er des Kaisers gleiche Erfolge im Thun wie im Dulden, seine beispielvolle Widerstandsfähigkeit, und schloß diesen Toast mit den Worten:

„Die Tropfen, die ein jedes Glas hier hegt,
Sei'n Kaiser Friedrichs Tagen zugelegt."

Hr. Geh. Rath v. Loeper erinnerte an das Weimarische Regentenhaus in Bezug auf die Pflege klassischer Traditionen, und wies darauf hin, wie diese Pflege von dem jetzt regierenden Fürstenhaus als ein theures Vermächtniß übernommen und sich dies jetzt wieder durch die huldvolle Protektion der Goethe-Gesellschaft offenbare und so erhob er begeistert das Glas auf Ihre Königliche Hoheiten den Großherzog und die Frau Großherzogin Sophie von Sachsen-Weimar. Weiter wurden folgende enthusiastisch empfundene und auch so aufgenommene Hochs ausgebracht: von Hrn. Prof. Dr. Erich Schmidt auf Präsident Dr. Simson schließend mit den horazischen Worten: „O et praesidium et dulce decus", vom letztern dankend erwidert durch ein Hoch auf die Arbeiter bei der Goethe-Gesellschaft, von Hrn. Prof. Dr. Brockhaus-Leipzig auf den Vorsitzenden des Ausschusses Hrn. Geh.-Hofrath Ruland, welches letzterer im Namen der sämmtlichen Mitglieder des Ausschusses entgegennimmt, von Hrn. Präsident Dr. Simson auf den Festredner des heutigen Tages, Hrn. Geh.-Rath Dr. Fischer, von Hrn. Schulrath Dr. Nolting-Wismar auf den Idealismus unserer Dichter. Die Menschlichkeit, welche Dr. Hofrath Dr. Gille-Jena aus seiner Jugendzeit über Goethe und die vielen in dem Goethe'schen Hause verlebten interessanten Stunden machte, insbesondere über das Dahinscheiden des großen Dichters und seine Bestattung, wurden mit großem Interesse aufgenommen.

Nach dem Festmahl folgten die Mitglieder einer Einladung in das Hoftheater, woselbst der Goethe-Gesellschaft zu Ehren die Goethe'schen Stücke: „Die Laune des Verliebten" und „der Jahrmarkt zu Plunderweilern" mit gutem Erfolg aufgeführt wurden. Nach der Vorstellung vereinigte man sich wieder zum geselligen Beisammensein in dem Saale der Vereins-Gesellschaft, woselbst ein an Seine Majestät den Kaiser Friedrich erlassenes Begrüßungstelegramm, sowie die darauf erfolgte Erwiderung verlesen wurde. Auch der Sonntag hielt die Fest-Theilnehmer noch in Weimar zurück, woselbst die klassischen Stätten besucht wurden. Am Abend wurde die Oper Carmen gegeben, ausgezeichnet durch das Gastspiel der Frau Marie Pascalides-Basta, geb. Schmidt aus Weimar, jetzt zu München, welche zu den hervorragendsten Carmen-Darstellerinnen gehört.

Bezirks-Thierschau in Merseburg.

Die Prämienvertheilung am Freitag nachmittag hatte folgendes Ergebniß:

1. Für Pferde. Hermann Uhlig-Meuschau (60 M.), Taube-Zöschen (60 M.), Graf Hohenthal-Döllau (40 M.), E. v. Trotha-Schkopau (40 M.), Karl Hoffmann-Oberröblingen a. H. (90 M.), Gotthold Heinrich-Nieder-Eichstedt (70 M.), Heinrich Hentich-Klein-Goddula (50 M.), Gustav Schreiber-Nodden (100 M.), E. Kornemann-Preßch (40 M.), E. v. Trotha-Schkopau (75 M.), F. E. Götze-Knapendorf (60 M.), Opitz-Schweßwitz (35 M.), Großmann-Rockendorf (50 M.), Albin Schümichen-Meyhen (50 M.), Dr Müller-Dederstedt (broncene Medaille), Harrick-Wörmlitz (60 M.), W. Stübe-Teicha (100 M.), E. v. Trotha-Schkopau (broncene Medaille), Ludwig Junker-Görsbach (150 M.), Kurt Hulbe-Gorsleben (100 M.), Fr. Teichmann-Delitz a. B. (75 M.), Karl Kamm-Nieder-Clobican (75 M.), Albert Krebs-Knapendorf 4 Preise (50, 2 mal 40 und 30 M.), Ferd. Schurig-Röglitz (50 M.), O. Löhne-Schnellroda 4 Preise (silberne Medaille, 60 und 2 mal 50 M.), Friedrich Brandt-Ober-Clobican (30 M.), Karl Schumann-Wegwitz (50 M.).

2. Für Rindvieh. W. Beyling-Bündorf 120 M.), R. Kohlschütter-Starsiedel (100 M.), Kraaz-Gr.-Kayna (50 M.), H. Biebecke-Gr.-Wangen (100 M.), Kraaz-Gr.-Kayna (80 M.), A. Handwerg-Querfurt (70 M.), W. Strumpf-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18880529024/fragment/page=0003

Möderau (60 M.), W. Nichtitz-Oberthau (40 M.), G. v. Zimmermann-Neukirchen (100 M.), W. Nichtitz-Oberthau (80 M.), K. Fritsche-Niederwünsch (70 M.), F. Götze-Weßmar (60 M.), A. Handwerg-Querfurt (40 M.), W. Beyling-Bündorf (silb. Med.), Bartels-Langendorf (silb. Med.), Stammzucht-Genossenschaft Bibra (120 M.), F. Dippe-Plotha (100 M.), Lischke-Liederstedt (90 M.), Oertel-Laucha (80 M.), Eppendorf-Weißenschirmbach (80 M.), Stierhaltungs-Genossenschaft Kölleda (60 M.), Inspektor Rabenalt-Glenna (silb. Med.), Gemeinde Schönerwerda (50 M.), Stierhaltungs-Genossenschaft Bibra (60 M.), Stierhaltung-Genossenschaft Eckartsberga (bronc. Med.), Reiche-Reinsdorf (bronc. Med.), A. Wille-Albersroda (bronc. Med.), F. Dippe-Plotha (100 M.), Göhle-Bibra (80 M.), C. F. Ehrhardt-Burkersroda (70 M.), Lischke-Liederstedt (100 M.), Göhle-Bibra (80 M.), v. Helldorff-Zingst (silb. Med.), Koch-Schönewerda (70 M.), Ehrhardt-Burkersroda (80 M.), v. Helldorff-Runstedt (silb. Med.), Nieke-Starsiedel (50 M.), Richter-Niedercolbicau (40 M.), Necke-Oberschwonn (40 M.), Stammzucht- und Stierhaltungs-Genossenschaft Bibra (200 M.), Rindviehzucht-Genossenschaft Steigra (120 M.), Zuchtverein Schönewerda (80 M.), Ehrhardt-Burkersroda (50 M.), Joseph Magdeburg-Albersroda (50 M.).

3. Für Schweine. Theodor Schneider-Poserna 3 Preise (2 mal 40 u. 30 M.), Kraaz-Großkayna (20 M.), Fuß-Bösiten (20 M.), Zehe-Wengelsdorf 2 Preise (30 und 20 M.).

4. Für Geflügel. A. Ahlemann-Stößnitz (20 M.), Fr. Leischer-Querfurt (20 M.), Uhlig-Meuschau (15 M.), Landrath Weidlich-Merseburg (15 M.), August Pfeil-Merseburg (10 M.), Kraaz-Großkayna (10 M.). Außerdem erhielten eine Prämie in Gestalt eines Lehrbuches über Geflügelzucht: Karl Heine-Halle, H. Müller d. Jüng.-Merseburg, Ahlemann-Stößnitz, Teichmann-Delitz a. S., Erdmann-Merseburg.

5. Für Hunde. Pfeil-Merseburg (Ehrenpreis, 1 silberner Becher), Kraaz-Großkayna (Ehrenpreis, 2 Vasen), Fritz Götze-Weßmar (20 M.), Emil Poppe-Wüstenteutzsch (10 M.), Richard Müller-Eckartsberga (10 M.).

6. Für Produkte und Geräthe der Bienenwirthschaft. L. Keilhauer-Lauchstädt (20 M.), A. Hesse-Lükendorf (20 M.), H. Kutzschbauch-Lauchstädt (10 M.).

6. Für landwirthschaftliche Maschinen und Geräthschaften. Friedrich Dörge-Brehna (20 M.), Wilhelm Heinze-Freyburg a. U. (20 M.), Ehricht & Schlenderhalle (20 M.), Franz Leipelt-Trebnitz (20 M.), Gebr. Müller-Laucha a. U. (25 M.), F. W. Leßmann-Oberröblingen a. S. (25 M.), Bernhard Rudolf-Querfurt (10 M.), E. Schönleiter-Merseburg (10 M.), Jul. Müller-Döbeln i. S. (30 M.), Julius Freund-Kötschen (10 M.), Ed. Klauß-Merseburg (30 M.), Albert Schmidt-Querfurt (10 M.), Wilhelm Glocke-Lauchstädt (10 M.), Karl Vogt-Meuschau (10 M.), E. Rosch-Merseburg (30 M.), Hermann Schütz-Neukadt-Leipzig (20 M.), Friedrich Behrendt Nachf. Karl Schabon-Gr.-Wanzleben (20 M.), Eduard Dörge-Bedra (20 M.), F. C. Demand-Lauchstädt (30 M.), H. Blumes-Wittenberg (30 M.), Fr. Berger & Simon-Halle (20 M.), H. Hänich-Mühlbeck (20 M.), Wernicke & Co.-Sangerhausen (20 M.), Aug. Kirschner-Leipzig-Reudnitz (20 M.), M. M. Mollnau & Co.-Halle (20 M.), Otto Gilete-Halle (20 M.), Heinrich Sorge-Wieselbach (30 M.), Friedr. Schimpff & Söhne-Schaffstadt (40 M.). Eine ehrende Anerkennung erhielt in dieser Gruppe u. a. auch die Motorenfabrik Merseburg. (Merseb. Korr.)

Vermischtes.

— [Der Kaiser] hat dem Apotheker Karl Wiedemann, dem Bäckermstr. Louis Erhart, den Gärtnereibesitzern J. Win und G. Gullino, dem Fleischermstr. Vincenzo Ginatta, den Inhabern der Firma Steiner Salvazi & Comp., den Inhabern der Firma Andrea Vonmoos & Comp., dem Kaufmann Michele Michiardi, dem Apotheker Squire, dem Friseur Jean Charles, dem Photographen Jean Scotto und dem Bildprethändler Jakob Heeb, sämmtlich in San Remo, das königliche Hofprädikat verliehen.

— [Für die Ueberschwemmten.] Die Sammlungen des berliner Comites für die Ueberschwemmten ergaben bis zum 25. Mai 3,032,200 M.

— [Eine Feuersbrunst] hat in dem mittelfränkischen Marktflecken Uehlfeld 60 Gebäude eingeäschert; vor 4 Wochen war die genannte Ortschaft erst von einem großen Brande heimgesucht worden.

— [Explosion.] Nach einem Telegramm aus Toronto vom 26. d. sind durch die Explosion eines Gasometers in Montreal nach den bisherigen Ermittelungen 7 Personen getödtet und 30 verletzt worden.

— [Unglück auf der Nordsee.] Vier Dünkirchener Fischerschiffe scheiterten infolge Sturms an der Küste von Island, 102 Fischerleute ertranken.

— [Steppenhuhn und Haubenlerche.] Einer unserer bekanntesten einheimischen Vögel, die Haubenlerche (Alauda cristata), ist gleich dem jetzt wieder in Deutschland aufgetauchten Steppenhuhn erst aus Centralasien zu uns gekommen. Noch bis zu Anfang dieses Jahrhunderts war die Haubenlerche in Deutschland ein seltener Gast, in Spanien und Nordafrika hatte sie sich damals schon mehr eingebürgert. Für Auftreten bei uns in größerer Zahl läßt sich erst seit 1806 nachweisen, wo sie von Nordosten her einwanderte. In Deutschland folgte sie den Hochstraßen und hat sich seitdem immer mehr da eingenistet, wo sie vordem fehlte, immer in der Nähe der Landstraßen und der bewohnten Orte, so daß sie wohl scherzweise als „Wegelagerer" bezeichnet wird. Ueber ihre Einwanderung heißt es im Volksmunde (man vergl. Homeyer, die Wanderungen der Vögel), die Russen hätten sie 1813 mit nach Deutschland gebracht. Seit jener Zeit hat die Haubenlerche ihren Wohnsitz, indem sie den Landstraßen folgte, immer weiter nach Süden ausgedehnt; in den 40er Jahren langte sie am mittleren Laufe der Saale an und jetzt geht sie über den Franken- und Thüringerwald bereits nach Süddeutschland. Bei Halberstadt gehört die Feldlerche (Alauda arvensis) zu den selteneren Gästen, während sie früher dort häufiger war; dagegen hat sich die Haubenlerche dort in großer Zahl eingefunden. Die Ursache ist darin zu suchen, daß durch den in der Provinz Sachsen immer mehr zunehmenden Rübenbau und der damit bedingten intensiveren Bertilgung des Unkrauts alle feinen Sämereien, die der Feldlerche zur Nahrung dienen, fehlen, sodann auch, weil durch das fortwährende Behacken der Felder die Nester zerstört werden. Die Feldlerche hat sich darum verzogen und die dadurch leer gewordene Stelle hat die Haubenlerche eingenommen. Bisher hat die Haubenlerche, wie man sieht, allen Nachstellungen, unter denen die Lerche besonders zu leiden hatte, siegreich widerstanden; sie verbreitet sich immer mehr und sie ist auch ein gern gesehener Gast bei uns geworden. Hoffentlich erfreut sich auch das Steppenhuhn, unser neuester asiatischer Einwanderer, der gleichen Beachtung und vor allem — Schonung.

** [Personalnachricht.] In Nymphenburg ist am Sonnabend früh 4½ Uhr der frühere erste Bürgermeister von München, Dr. v. Erhardt, gestorben. Der Verstorbene war ein national gesinnter, um die Stärkung des nationalen Bewußtseins in der bairischen Hauptstadt, wie um deren kommunale Entwickelung hochverdiente Mann; er hat seine deutsche und liberale Gesinnung in den schwierigsten Zeiten bethätigt.

Wochenübersicht der Reichsbank vom 23. Mai.

Berlin, 26. Mai.

Aktiva:

1)	Metallbest. (der Bestand an kursfähigem, deutschen Gelde und an Gold in Barren oder ausl. Münzen) das Pfund fein zu 1392 M. berechnet	M.	975,550,000 Zun. 35,815,000
2)	Best. an Reichskassenscheinen	„	22,267,000 Zun. 643,000
3)	do. an Noten anderer Banken	„	12,048,000 Abn. 77,000
4)	do. an Wechseln	„	399,658,000 Abn. 775,000
5)	do. an Lombardforderungen	„	43,860,000 Abn. 2,136,000
6)	do. an Effekten	„	13,114,000 Zun. 1,935,000
7)	do. an sonstigen Aktiven	„	39,609,000 Abn. 1,462,000

Passiva:

8)	das Grundkapital	M.	120,000,000 unverändert
9)	der Reservefonds	„	23,894,000 unverändert
10)	der Betrag der uml. Noten	„	857,068,000 Abn. 21,338,000
11)	die sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten	„	498,990,000 Zun. 57,057,000
	die sonstigen Passiven	„	661,000 Abn. 174,000

Waaren- und Produktenberichte.

Getreide.

* Berlin, 25. Mai. (Pol.-Präs.) Weizen, guter 18,40—19,00, mittel 17,60—18,20, geringer 16,80—17,40, Roggen, guter 13,00—13,20, mittel 12,50—12,70, geringer 12,00—12,20, Gerste, gute 16,80—18,50, mittel 14,00—15,70, geringe 13,20—12,90, Hafer, guter 13,50—14,30, mittel 12,80—13,30, geringer 11,80—12,30.

* Berlin, 26. Mai. (Amtl.) Weizen per 1000 kg. Loco fest. Termine im Verlauf höher. Gekündigt — t. Kündigungspreis — M. Loco 170 bis 190 M. nach Qualität. Gelbe Lieferungsqualität 173,5 M., Durchschnittspreis —.—, per diesen Monat (gestern) 173,75 bez., per Mai-Juni (gestern) feine Notiz, per Juni-Juli 173,5—175 bez., per Juli-Aug. 175,5—177 bez., per Aug.-Sept. —, per Sept.-Okt. 176,5—178,25 bez., per Nov.-Dez. —.

Weizen (neuer Usance mit Ausschluß von Rauhweizen) per 1000 kg. Loco fest. Termine —.—. Gek. — t. Kündigungspreis —.— M. Durchschnittspreis —.— M. Loco 172—190 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 179,5 M. Durchschnittspreis — M.

Roggen per 1000 kg. Loco höher. Termine höher. Gek. 100 t. Kündigungspreis 131 M. Loco 122—132 nach Qualität. Lieferungsqual. 131 M. Durchschnittspreis —.—, inländ. unkontraktliche Ladung 127,5, zut schwimmender Ladung 131,5 bez., per diesen Monat —.—, per Mai-Juni —.—, per Juni-Juli 130—132—131,75 bez., per Juli-Aug. 132,25—134,25—134 bez., per Aug.-Sept. —, per Sept.-Okt. 135,75—137,5—137,26bez., per Okt.-Nov. —, per Nov.-Dez. —.

Gerste per 1000 kg. Fest. Große und kleine 112—188 M. nach Qualität. Futtergerste 113—120 M.

Hafer per 1000 kg. Loco höher. Termine höher. Gek. 50 t. Kündigungspreis 132,50 M. Durchschnittspr. —.— M. Loco 130—144 M. nach Qualität. Lieferungsqualität 132,5 M., pommerscher mittel 129—135 ab Bahn bez., do. guter 129—135 ab Bahn bez., do. feiner 137—140 ab Bahn bez., schlesischer mittel 129—135 ab Bahn bez., do. guter 129—135 ab Bahn bez., do. feiner 137—140 ab Bahn bez., per diesen Monat —.—, per Mai-Juni und per Juni-Juli 122—122,5 bez., per Juli-Aug. 123,25—123,75 bez., per Sept.-Okt. 124,25—125,25 bez.

* Nordhausen, 26. Mai. (Amtl.) Weizen 17,00—18,00, Roggen 13,80—14,40, Gerste 13,00—14,00, Hafer 14,00—14,50 M.

* Leipzig, 26. Mai. Weizen per 1000 kg netto loco inländ. 184—190 bez. Br., ausländ. 192—200 M. bez. Br. Ruhig. Roggen per 1000 kg netto loco inländ. 132—134 M. bez. u. Br. Fest. Gerste per 1000 kg netto loco Braugerste 140—150 M. bez. u. Br., feinste über Notiz, Mahl- und Futterwaare 120—130 bez. u. Br. Hafer per 1000 kg netto loco inländischer 138—142 M. bez. u. Br., russischer 133—136 M. bez. u. Br.

* Magdeburg, 26. Mai. (Gebr. Friedeberg.) Landweizen 181—185, Weißweizen —, glatter engl. Weizen 174—180, Rauhweizen 165—171, Roggen 120—132, Chevalliergerste 142—150, Landgerste 128—135, Hafer 124—132 M. für 1000 kg.

* Stettin, 26. Mai. Weizen ruhig, loco 170,00—174,50, per Mai-Juni 176,00, per Juni-Juli 176,00, per Sept.-Okt. 179,00. Roggen fest, loco 125,00—125,00, per Mai-Juni 125,50, per Juni-Juli 127,50, per Sept.-Okt. 132,50 Pommerscher Hafer loco 120—125.

* Breslau, 26. Mai. Roggen pr. Mai-Juni 127,00, pr. Juni-Juli 127,00, per Sept.-Okt. 135,00.

* Köln, 26. Mai. (Telegr.) Weizen fremder loco 13,75, hiesiger loco 19,25, per Mai 19,10, per Juli 18,80, per Nov. 18,40. Roggen fremder loco 14,75, hiesiger loco 14,25, per Mai 13,85, per Juli 13,80, per Nov. 14,40. Hafer hiesiger loco 14,00.

* Hamburg, 26. Mai. Weizen loco fest, holsteinischer loco 182 bis 186,00. Roggen loco fest, mecklenburgischer loco 136 bis 142,00, russischer loco ruhig, 90 bis 95. Hafer ruhig. Gerste still.

* Wien, 26. Mai. (Telegr.) Weizen per Mai-Juni 7,56 Gd., 7,58 Br., per Herbst 7,85 Gd., 7,87 Br. Roggen per Mai-Juni 6,15 Gd., 6,17 Br., per Herbst 6,47 Gd., 6,49 Br., Hafer per Mai-Juni 5,50 Gd., 5,52 Br., per Herbst 5,84 Gd., 5,86 Br.

* Pest, 26. Mai. (Telegr.) Weizen loco behauptet, per Mai-Juni 7,16 Gb., 7,18 Br., per Herbst 7,09 Gd., 7,61 Br. Hafer per Herbst 5,47 Gd., 5,49 Br.

* Paris, 26. Mai, nachm. (Telegr.) (Schlußbericht.) Weizen behauptet, per Mai 25,10, per Juni 25,10, per Juli-Aug. 24,90, per Sept.-Dez. 24,80. Roggen ruhig, per Mai 14,40, per Sept.-Dez. 14,80.

* Amsterdam, 26. Mai. (Telegr.) Weizen per Mai —, per Nov. 206. Roggen per Mai 103, per Okt. 110 à 111 à 112.

* Antwerpen, 26. Mai. (Telegr.) (Schlußbericht.) Weizen still. Roggen unverändert. Hafer unbelebt. Gerste ruhig.

* New-York, 26. Mai. (Telegr.) Anfangsnotirungen. Weizen per Juni 98.

* New-York, 26. Mai. (Telegr.) Rother Winterweizen loco 95¾, per Mai 95¾, per Juni 95, per Dez. 98¾.

Zucker.

Magdeburger Börse.

	25. Mai.		26. Mai.	
Granulated	—.—	M.	—.—	M.
Krystallzucker I.	—.—	„	—.—	„
Krystallzucker II.	—.—	„	—.—	„
Kornzucker 99%	—.—	„	—.—	„
Kornz. Rend. 92%	22,50—22,85	„	22,50—22,85	„
Rendement 88%	21,30—21,60	„	21,30—21,60	„
do. Rend. 75°	16,00—18,20	„	16,00—18,20	„

Tendenz am 26. Mai: Fest.

	25. Mai.		26. Mai.	
fein Brodraffinade	—.—	M.	—.—	M.
fein Brodraffinade	28.50	„	28.50	„
Gem. Raffinade	26.50—28.00	„	26.50—28.00	„
Gem. Melis I.	25,75	„	25,75	„

Tendenz am 26. Mai: Ruhig, Preise theilweise nominell.

Rohzucker I. Produkt:

Durchgehend f. a. B. Hamburg.

Mai 13,25 M. Br., 13,22½ M. G.
Juni 13,30—13,25 M. bez. u. Br., 13,22½ M. G.
Juli 13,30—13,35 M. bez. u. Br., 13,32½ M. G.
August 13,40—13,45 M. bez.
September 13,17½ M.
Oktober 12,80 M. bez. u. G., 12,82½ M. Br.
Okt.-Dez. 12,70 M. bez. u. G.
Nov.-Dez. 12,65—12,70 M. bez. u. G., 12,72½ M. Br.
Tendenz: Fest.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

*Braunschweig, 25. Mai. (Bericht von Eberstein. Meyer Nachf.) Rohzucker. Der dieswöchige Geschäftsverkehr war der Pfingstfeiertage wegen ein recht ruhiger, und erst am Schlusse der Berichtswoche, wo einiges Angebot vorlag, machte sich zu den jetzigen Preisen mehr Kaufslust geltend, sodaß der Markt in fester Stimmung schließt. Die Notirungen sind gegen die Vorwoche unverändert. Der Umsatz beläuft sich auf rund 20,000 Ctr. — In raffinirtem Zucker war bei unveränderten Preisen stiller Markt. Es waren heute:

Raffinirter Zucker.			Rohzucker. (Polarisationen nach	
Raffinade	M. 29,00	—.— excl. F.	Dr. Frühling u. Dr. Schulz hier.)	
Melis I.	„ 28,75	—.— „ „	Krystall-Zucker I. M.	—.— „ incl.
„ II.	„ —.—	—.— „ „	Kornzucker 99%	—.— „ excl.
gem. Raffinade	„ 28,00—31,00	incl. S.	„ Rend. 92°	„ 22,50—22,70 „
Melis	„ 26,00—26,50	„ „	„ „ 88°	„ 21,30—21,60 „
Würfelraffin. I.	„ 30,00—31,00	„ „	Nachpr. 93—89%	„ 16,20—18,20 „
„ II.	„ —.—	—.— „ „	„ 75° R.	

Rübenmelasse, 43° Bé (81,5 Brix) effektiv und spätere Lieferung, excl. Tonne: zur Entzuckerung 3,00—3,25 M. und für Brennereien 2,50—2,90 M. Die Preise verstehen sich per 50 kg.

* Hamburg, 26. Mai. Rübenrohzucker I. Produkt, Basis 88% Rendemen frei an Bord Hamburg, per Mai 13,10, per Juni 13,15, per Juli —,—, per Aug. 13,30, per Okt. 12,55. Fest.

* Hamburg, 26. Mai. (Nachmittagsbericht.) Rübenrohzucker I. Produkt, Basis 88% Rendement, frei an Bord Hamburg, per Mai 13,15, per Juni 13,20, per Juli —.—, per Aug. 13,40, Okt. 12,55. Fest.

* London, 26. Mai. (Telegr.) 96% Javazucker 15½ stetig, ziemlich gefragt, Rüben-rohzucker 13½, ruhiger.

* Paris, 26. Mai. (Telegr.) Rohzucker 88° fest, loco 37,00 à 37,50. Weißer Zucker steigend Nr. 3 per 100 kg per Mai 41,00, per Juni 41,00, per Juli-Aug. 41,25, pr. Okt.-Jan. 37,25.

* Antwerpen, 25. Mai. Rüben-Rohzucker. Sofort 35.00 Frcs., per Juni 35.50 Frcs. Juli-Aug. 35.75 Frcs., Okt.-Dez. 31,00 Francs.

* New-York, 26. Mai. (Telegr.) Zucker (Fair refining Muscovados) 4¼.

Kaffee.

* Hamburg, 26. Mai. Kaffee ruhig, Umsatz 1500 Sack.

* Hamburg, 26. Mai. vorm. 11 Uhr — M. Kaffee good average Santos per Mai 75, per Sept. 61½, per Dez. 57½, per März 1889 57½. Schwach.

* Hamburg, 26. Mai, nachm. 3 Uhr 30 M. (Schlußbericht) Kaffee good average Santos Mai 75, per Sept. 61½, Dez. 57½, März 1889 57½. Behauptet.

* Havre, 26. Mai. Vorm. 10 Uhr — M. (Telegramm von Weimann, Ziegler & Comp.) Kaffee. New-York schloß mit 20 Points Baisse. Rio 4000 Sack, Santos 2000 Sack. Resultat für gestern.

* Havre, 26. Mai. Vorm. 10 Uhr 30 M. (Telegramm von Weimann, Ziegler & Comp.) Kaffee good average Santos per Mai 81,50, per Sept. 75,25, per Dez. 71,50. Alles Verkäufer.

* Amsterdam, 26. Mai. Java-Kaffee good ordinary 41.

* New-York, 26. Mai. (Telegr.) Kaffee (Fair Rio-) 16⅞, do. Rio Nr. 7 low ordinary per Juni 13.55, do. do. per Aug. 12,12.

Petroleum.

* Berlin, 26. Mai. (Amtl.) Petroleum (Raffinirtes Standard white) per 100 kg mit Faß in Posten von 100 Ctr. Termine —. Gekündigt —.— kg. Kündigungspreis —.— M. Durchschnittspreis —.— M. Loco —.—, per diesen Monat —.— M., per Dez.-Jan. —, bez.

* Stettin, 26. Mai. Loco verzollt 11,50.

* Hamburg, 26. Mai. Petroleum fest, Standard white loco 6,70 Br., 6,65 Gd., pr. Aug.-Sept. 7,05 Gd.

* Bremen, 26. Mai. (Schlußber.) Fester. Standard white loco 6.65 Br.

* Antwerpen, 26. Mai. (Telegr.) (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß loco 16¾ bez. u. Br., pr. Mai 16½ Br., per Juli 16⅞ Br., per Sept.-Dez. 16⅞ bez., 17 Br. Ruhig.

* New-York, 25. Mai, vormittags. (Telegr.) Petroleum (Anfangscourse.) Pitze line certifikates 86⅞.

* New-York, 25. Mai. (Telegr.) Raffinirtes Petroleum 70% Abel Test in New-York 7⅛ Gd., do. Philadelphia 7⅛ Gd. Rohes Petroleum in New-York 6⅝ G., do. Pipe line Certificats 85⅞. Stetig.

Spiritus.

* Berlin, 26. Mai. (Amtlich). Spiritus per 100 l à 100% = 10,000 % nach Tralles loco mit Faß (versteuert). Termine —. Gekündigt 10000 l. Kündigungspreis 69,60 M. Durchschnittspreis — M., per diesen Monat 99,70 —99,6 bez., per Mai-Juni 99,70—99,6 bez.

Spiritus per 100 l 100 % = 10,000 % (versteuert) loco ohne Faß 100,9 bezahlt —.— Br.

Spiritus mit 50 M. Verbrauchsabgabe ohne Faß. Gek. —.— l. Kündigungspreis —. M. Loco 53,40 bezahlt, per diesen Monat 53,4—53,3 bez., Durchschnittspreis —.—, per Mai-Juni 53,4—53,3 bez., per Juni-Juli 53,4 —53,3 bez., per Juli-Aug. 54,00 bezahlt, per Aug.-Sept. 54,6—54,5 bez. per Sept.-Okt. 54,8—54,7 bez., per Nov.-Dez. —

Spiritus mit 70 M. Verbrauchsabgabe. Gekündigt —.— l. Kündigungspreis —.— M. Loco ohne Faß 34,5—34,4 bezahlt mit Faß —.— Mark. bezahlt, per diesen Monat 34,20 bez., Durchschnittspreis —.— per Mai-Juni 34,20 bez., per Juni-Juli 34,20 bez., per Juli-Aug. 34,3 —34,7 bez., per Aug.-Sept. 35,4 bezahlt, per Sept.-Okt. 35,5 bez., per Nov.-Dez. —.

* Magdeburg, 26. Mai. Kartoffelspiritus für 10,000 l.% loco ohne Faß 53,90—54,30 M. bei 50 M. 35,10 bei 70 M. Steuerzuschlag.

Die Aeltesten der Kaufmannschaft.

* Magdeburg, 26. Mai. (Hermann Walther.) (Wochenbericht). Der Spiritus-Markt ist außerordentlich unbelebt und die notirten Preise sind fast ausschließlich als Nennwerthe zu betrachten, da im Augenblick kaum Begehr nach Waare vorhanden ist. Trotzdem ist die Stimmung für die Zukunft des Artikels durchaus zuversichtlich und würde wohl auch schon durch Meinungsäußerungen früher Geschäft zum Andenken gekommen sein, wenn nicht die fortgesetzte Agitation für die geplante Spiritusnovelle die Gemüther beunruhigte und dem Handel eine abwartende Haltung aufnöthigte, obgleich ein Zustandekommen der Bank sehr zweifelhaft ist. Der Umsatz am hiesigen Platze war in letzter Zeit außerordentlich geringfügig.

Kartoffelspiritus, basirend ohne Faß, wurde amtlich wie folgt notirt:

22. Mai.	53.60—54.00	mit	50	M.	Steuerzuschlag.
„	35.10	„	70	„	„
23. Mai	54.00—54.40	„	50	„	„
„	35.30	„	70	„	„
24. „	54.10—54.50	„	50	„	„
„	35.30	„	70	„	„
25. „	53.90—54.30	„	50	„	„
„	35.20	„	70	„	„
26. „	53.90—54.30	„	50	„	„
„	35.20	„	70	„	„
„	54.00—54.40	„	50	„	„
„	34.60	„	70	„	„

Vom Speicher unter freier Vorhaltung der Gebinde in größeren Posten nicht gehandelt.

* Leipzig, 26. Mai. Spiritus per 10,000 l% ohne Faß loco unversteuert 70er 34,30 M. nominell, 50er 53,40 M. nominell.

* Posen, 26. Mai. Spiritus loco ohne Faß (50er) 51,30, do. do. (70er) 32,00, do. do. mit Verbrauchsabgabe von 70 M. und darüber 32,00. Gek. — l. Geschäftslos.

* Stettin, 26. Mai. Spiritus geschäftslos, loco ohne Faß mit 50 M Konsumsteuer 53.70, mit 70 M. Konsumsteuer 32,50, per Mai-Juni mit 70 M. Konsumsteuer 33.50, per Aug.-Sept. mit 70 M. Konsumsteuer —.—.

* Hamburg, 26. Mai. Spiritus ruhig, per Mai 22½ Br., per Juni-Juli 22½ Br., per Juli-Aug. 23 Br., per Aug.-Sept. 23½ Br.

* Breslau, 26. Mai. Spiritus per 100 l 100% excl. 50 M. Verbrauchsabgaben per Mai-Juni 51.20, do. per Juni-Juli 51,30, do. per Aug.-Sept. 53,10, do. 70 M. Verbrauchsabgaben per Mai-Juni 31.70, per Juni-Juli —.—.

* Paris, 26. Mai. (Schlußbericht.) Spiritus fest, per Mai 43.00 per Juni 43.25, per Juli-Aug. 43.50, per Sept.-Dez. 42,00.

Hülsenfrüchte.

* Berlin, 25. Mai. (Pol.-Präs.) Erbsen, gelbe zum Kochen, 20—30 M. Speisebohnen, weiße, 24—40 M., Linsen 30—60 M. per 100 kg.

* Berlin, 26. Mai. (Amtl.) Mais per 1000 kg. Loco fest. Termine —.—. Gekündigt — t. Kündigungspr. — M. Durchschnittspreis —.— M. Loco 126—140 M. n. Qual., per diesen Monat —, per Mai-Juni —.—.

Erbsen per 1000 kg. Kochwaare 128—180 M. Futterwaare 115—124 M. nach Qualität.

* Nordhausen, 26. Mai. (Amtl.) Erbsen 16—18, Speisebohnen 24—28, Linsen 32—36 M. per kg.

* Leipzig, 26. Mai. Mais per 1000 kg netto loco amerikanischer 130 bis 145 M. inländischer 130—145 M. Donau 130 —145 M. nominell.

* Wien, 26. Mai. (Telegr.) Mais per Mai-Juni 6,89 Gd., 6,91 Br. per Juli-Aug. 6,91 Gd., 6,93 Br.

* Pest, 26. Mai. (Telegr.) Mais per Mai-Juni 1888 6,65 Gd., 6,67 Br

* New-York, 25. Mai. (Telegr.) Mais (New) 65.

Viehmärkte.

* Berlin, 25. Mai. Städtischer Central-Viehhof. (Amtlicher Bericht der Direktion.) Am heutigen kleinen Freitagsmarkt standen zum Verkauf: 223 Rinder, 987 Schweine, 969 Kälber und 1077 Hammel. Rinder wurden etwa 60 Stück verschiedener, meist geringer Qualität zu bisherigen Preisen abgesetzt. Der Schweinemarkt verlief ruhig und wurde geräumt. Man bezahlte 32—38 M. pro 100 Pfd., je nach Qualität, mit 20 Proz. Tara. Für Kälber waren bei ebenfalls ruhigem Handel etwas bessere Preise zu erzielen als am Montag. Ia. 42—50, Ila. 30—38 Pf. pro Pfund Fleischgewicht. Hammel blieben ohne Umsatz.

Zeugniss über den Shannon-Registrator

Rudolf Schuster, Kunst-Verlag, Berlin.

Ich habe 24 Stück Shannon-Registrators in Gebrauch und dieselben entschieden praktisch und bequem befunden gegenüber der bisherigen Art und Weise die Briefe zu überschreiben.

Das Registriren in erstere macht das Ueberschreiben der Briefe überflüssig, erfordert also weniger Zeit und sichert grössere Ordnung.

(24 Apparate.)

Preis per Apparat Mk. 6,60 (ohne Perforator).

Man verlange illustrirte Cataloge und Prospecte mit Zeugnissen über unsere neuesten Fabrikate für Bureau-Bedarf.

Zu haben in allen Schreibwaarenhandlungen oder von

Aug. Zeiss & Co., Berlin W.

Halle. Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-18880529024/fragment/page=0004